

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

40. Sitzung
16. Oktober 2025

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 18.22 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe, Frau Staatssekretärin Klapp, Herrn Staatssekretär Bozkurt und Herrn Staatssekretär Landero (alle SenASGIVA).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.
- Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 6. Oktober 2025 vor.
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der Ausschuss darauf verständigt habe, aufgrund der Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung auf die ständigen Tagesordnungspunkte „Aktuelle Viertelstunde“ und „Bericht aus der Senatsverwaltung“ zu verzichten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0226](#)

IntGleich
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 11 – Kapitel 1100 und 1109, 1120
und 1130 und 1170 bis 1180;
Einzelplan 12 Kapitel 1250: MG 11 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt
und Antidiskriminierung sowie
Einzelplan 27 Kapitel 2711: Aufwendungen der
Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung – alle Titel mit Bezug zu
Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und
Antidiskriminierung –**

– 2. Lesung –

In die Beratung werden einbezogen

- Bericht SenASGIVA

[0226-1](#)

IntGleich

Sammelvorlage SenASGIVA vom 02.10.2025
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Integration, Frauen
und Gleichstellung, Vielfalt und
Antidiskriminierung**

- Bericht SenASGIVA

[0226-2](#)

IntGleich

Sammelvorlage SenASGIVA (vertraulich) vom
02.10.2025
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Integration, Frauen
und Gleichstellung, Vielfalt und
Antidiskriminierung (vertrauliche Berichte)**

An die Mitglieder des Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung wurde vorab eine Synopse verteilt, in der sämtliche in der 1. Lesung beschlossenen Berichtsaufträge, die eingegangenen Berichte der Senatsverwaltung sowie die zur 2. Lesung eingereichten Änderungsanträge aller Fraktionen aufgeführt sind. Die Synopse liegt in der Sitzung auch als Tischvorlage vor. Sie wurde zudem der Öffentlichkeit zur Nachvollziehbarkeit des Sitzungsverlaufes über die Webseite des Abgeordnetenhauses zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Generalaussprache nehmen in folgender Reihenfolge Stellung:

- Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE), Herr Abg. Walter (GRÜNE) und Herr Abg. Omar (GRÜNE),
- Frau Abg. Senge (CDU), Frau Abg. Niemczyk (CDU) und Herr Abg. Graßelt (CDU),
- Frau Abg. Eralp (LINKE) und Herr Abg. Dr. Lederer (LINKE),
- Frau Abg. Radziwill (SPD), Frau Abg. Golm (SPD) und Frau Abg. Neumann (SPD),
- Frau Abg. Auricht (AfD) und Herr Abg. Dr. Bronson (AfD).

Im Rahmen der Einzelberatung werden entsprechend der in den Verfahrensregeln (s. Anlage zum Beschlussprotokoll 19/35) festgehaltenen Vereinbarung die Kapitel in umgekehrter Reihenfolge beraten. Im Verlauf der Beratung nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA)
- Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA)
- Herr Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA)
- Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA)
- Herr Herting (SenASGIVA, Leitung Abteilung ZS)
- Frau Ünsal (SenASGIVA, Leitung Abteilung IV)
- Frau Rabe (SenASGIVA, Leitung Abteilung V)
- Herr Weickert (Präsident (komm.), Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten)

Die Senatsverwaltung sagt zu, die noch offenen Fragen der Fraktion Die Linke zu den Berichten Nrn. 22, 158 und 185 (lfd. Nrn. 25, 169 und 201 der Synopse) im Nachgang zur Sitzung zeitnah schriftlich zu beantworten.

Im Anschluss an die Einzelberatung – deren Ergebnisse der Anlage zu entnehmen sind – stellt die Vorsitzende fest, dass die in der 1. Lesung beschlossenen Berichtsaufträge mit den von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung vorgelegten Berichten sowie den in der Sitzung erfolgten mündlichen Erläuterungen erledigt sind.

Sodann beschließt der Ausschuss in der Schlussabstimmung wie folgt:

- Dem Hauptausschuss wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627, Einzelplan 11, Kapitel 1000 und 1109, 1120 und 1130, 1170 bis 1180 mit der beschlossenen Änderung (siehe Anlage) anzunehmen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

- Dem Hauptausschuss wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627, Einzelplan 12, Kapitel 1250, MG 11 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung anzunehmen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

- Dem Hauptausschuss wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627, Einzelplan 27, Kapitel 2711 Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – alle Titel mit Bezug zu Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung anzunehmen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (41.) Sitzung des Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichheit, Vielfalt und Antidiskriminierung findet am Donnerstag, den 13. November 2025, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Ülker Radziwill

Niklas Graßelt

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung
Synopse der aufgerufenen Titel, der Berichte und der Änderungsanträge der Fraktionen sowie der hierzu gefassten Beschlüsse

zu Einzelplan 11 (Kapitel 1100, 1109, 1120, 1130, 1170 bis 1180), Einzelplan 12 (Kapitel 1250 – MG 11 Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung), Einzelplan 27 (Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – alle Titel mit Bezug zu Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung –)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung							
Kapitelübergreifende Fragen							
1.		Über- greifend	Über- greifend	GEAS	Wo im Haushalt werden die Kosten für die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) abgebildet? Bitte unter Angabe der entsprechenden Kapitel, Titel sowie der jeweiligen Höhe der veranschlagten Mittel?	CDU, SPD	Bericht Nr. 1 (Berichtsaufträge Nrn. 1 und 10; Sammelvorlage Seiten 9 – 15)
2.		Über- greifend	Über- greifend		Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) wurden im Jahr 2024 und 2025 über den Einzelplan 11 abgebildet und umgesetzt? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels sowie einer projektscharfen Aufschlüsselung der Mittel mit Summen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 2 (Berichtsaufträge Nrn. 2 und 3; Sammelvorlage Seiten 16 – 39)
3.		Über- greifend	Über- greifend		Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) sollen im Jahr 2026 und 2027 über den Einzelplan 11 abgebildet und umgesetzt werden? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels sowie einer projektscharfen Aufschlüsselung der Mittel mit Summen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 3 (Berichtsaufträge Nrn. 2 und 3; Sammelvorlage Seiten 16 – 39)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
4.		Über- greifend	Über- greifend	Antisemitismusbekämpfung	Welche Projekte haben in den Jahren 2024 und 2025 Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus erhalten? Welche Träger wurden gefördert, und welche Summen wurden jeweils bewilligt? Welche Projekte sind für die Jahre 2026 und 2027 zur Bekämpfung von Antisemitismus vorgesehen? Welche Träger sollen gefördert werden, und welche Mittel sind dafür eingeplant? Aus welchen Gründen werden Projekte, die 2024/2025 gefördert wurden, in 2026/2027 ggf. nicht mehr unterstützt? Warum werden Projekte ggf. in 2026/2027 gefördert, die in 2024/2025 noch nicht berücksichtigt wurden?	CDU, SPD	Bericht Nr. 4 (Sammelvorlage Seiten 40 – 45)
5.		Über- greifend	Über- greifend	LADS	Welche Träger haben von der LADS bereits eine Mitteilung erhalten, dass ihre bisherigen Förderungen eingestellt oder reduziert werden? Bitte um Darstellung, welche Förderprogramme oder Projekte hiervon betroffen sind und welche Mittel dabei wegfallen. Welchen Trägern wurde eine Weiterförderung in Aussicht gestellt? Sind Kürzungen der Fördermittel für Träger geplant, die Maßnahmen im Rahmen der Landesstrategie „Schutz vor queerer Hassgewalt“ umsetzen? Wenn ja, welche Träger und welche Mittel sind betroffen, und welche Begründung liegt diesen Kürzungen zugrunde?	CDU, SPD	Bericht Nr. 5 (Sammelvorlage Seiten 46 – 48)
6.		Über- greifend	Über- greifend	Reform des Zuwendungsrechts	Welche der vom Senat angekündigten Reformen bei der Zuwendungspraxis werden mit diesem Einzelplan bzw. von der SenASGIVA in den Haushaltsjahren 2026/2027 umgesetzt werden? Gehören dazu auch die Möglichkeit der mehrjährigen Förderung, die Einführung von Overheadkostenpauschalen oder die Ausweitung institutioneller Förderungen? Wird die von der LADS eingeführte Eigenanteilsfinanzierung auch auf weitere Zuwendungsbereiche des EP 11 ausgeweitet? Falls ja, auf welche und in welcher Höhe?	GRÜNE	Bericht Nr. 6 (Sammelvorlage Seiten 66 – 68)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
7.		Über- greifend	Über- greifend	Arbeitsmarktintegration	Welche Mittel werden gezielt für die Integration von Fachkräften eingestellt? Gehen Sie dabei insbesondere auf die Anerkennung von Abschlüssen, auf gezielte Sprachförderung und Weiterbildungsmaßnahmen ein.	GRÜNE	Bericht Nr. 7 (Sammelvorlage Seiten 69 – 71)
8.		Über- greifend	Über- greifend	Ankunftszentrum Tegel	Welche Kosten fallen für den Umbau der Notunterbringung im alten Flughafen Tegel zum neuen Ankunftszentrum an? Wo sind diese hinterlegt? Bitte titelscharf darstellen. Wie ist die aktuelle Zeitplanung für den Umbau und die Inbetriebnahme? Welche Aufträge sind bereits ausgelöst oder ausgeschrieben? <u>Im Rahmen der 38. Sitzung (1. Lesung) ergänzt:</u> Bitte um Nachlieferung des Umzugskonzepts.	GRÜNE	Bericht Nr. 8 (Sammelvorlage Seiten 72 – 74)
9.		Über- greifend	Über- greifend	Clearingzentrum Flucht	Welche Mittel sind für die Einrichtung und Betrieb des Clearingzentrums für Geflüchtete mit akuten medizinischen, pflegerischen und/oder psychischen Versorgungsbedarfen verortet? Bitte aufschlüsseln: die Gesamthöhe, den Haushaltstitel sowie welche Bereiche (Baumaßnahmen, bedarfsgerechte Ausstattung, Personal) in welcher Höhe damit finanziert werden sollen.	GRÜNE	Bericht Nr. 9 (Sammelvorlage Seiten 75 – 77)
10.		Über- greifend	Über- greifend	Umsetzung GEAS Reform	Welche Mittel sind für die Umsetzung der GEAS Reformen im Haushalt eingeplant? Bitte so konkret wie derzeit möglich darstellen.	GRÜNE	Bericht Nr. 10 (Berichtsaufträge Nrn. 1 und 10; Sammelvorlage Seiten 9 – 15)
11.		Über- greifend	Über- greifend	Modulare Containerunterkünfte	Stellen Sie bitte die geplanten Mittel für die geplanten neuen Containerunterkünfte dar. Bitte auch die kalkulierten Kosten pro Unterkunft darstellen.	GRÜNE	Bericht Nr. 11 (Sammelvorlage Seiten 78 – 79)
12.		Über- greifend	Über- greifend	Neuankommen ukrainische Geflüchtete	Ist die Versorgung neuankommender ukrainischer Geflüchteter über das AsylbLG bereits im Haushalt 2026/27 schon kalkuliert?	GRÜNE	Bericht Nr. 12 (Sammelvorlage Seiten 80 – 81)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
13.		Über- greifend	Über- greifend	Kofinanzierung der Bundesprogramme Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und allgemeine, unabhängige Asylverfahrensberatung (AVB)	Die Berliner Träger der MBE und AVB (LIGA Berlin) haben wiederholt und mit großer Dringlichkeit im April 2025 einen Antrag auf Mindestkofinanzierung in Höhe von 10% der Projektsummen (insgesamt 575.000 €) zur Aufrechterhaltung und Sicherung ihres Angebots in Berlin gestellt. Warum wurden hierfür keine Mittel in den HH 2026/2027 eingestellt obwohl die Förderrichtlinien seit 2 Jahren explizit das Einbringen von Drittmitteln, u.a. Landesfinanzierungen vorsieht? Wie soll der schrittweise Abbau von Beratungskapazitäten der Bundesprogramme, hier insbesondere der MBE, in Berlin aufgefangen werden?	GRÜNE	Bericht Nr. 13 (Berichtsaufträge Nrn. 13 und 39; Sammelvorlage Seiten 82 – 83)
15.		Über- greifend	Über- greifend	Eingliederungshilfe über das LAF	Stellen Sie bitte alle Mittel dar, die zur Versorgung von Menschen mit Eingliederungshilfebedarf über das LAF zur Verfügung stehen. Welche gesonderten Projekte sind für die Zielgruppe geflüchtete Menschen mit Teilhabebedarf geplant?	GRÜNE	Bericht Nr. 14 (Sammelvorlage Seiten 84 – 85)
16.		Über- greifend	Über- greifend	Pflege über das LAF	Stellen Sie bitte alle Mittel dar, die zur Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf über das LAF zur Verfügung stehen. Welche gesonderten Projekte sind für die Zielgruppe geflüchtete Menschen mit Pflegebedarf geplant?	GRÜNE	Bericht Nr. 15 (Sammelvorlage Seiten 86 – 87)
17.		Über- greifend	Über- greifend	Landesdemokratiefördergesetz	Laut Koalitionsvertrag, will die Koalition "im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren" ein Landesdemokratiefördergesetz erarbeiten: Sind für diesen Prozess, für unterstützende Maßnahmen und für die Umsetzung Mittel für 2026 und 2027 eingestellt? Wenn ja wo und in welcher Höhe? Wenn nein: Warum nicht? Was ist der derzeitige Erarbeitungsstand? Wann ist mit Inkrafttreten des Gesetzes zu rechnen?	GRÜNE	Bericht Nr. 16 (Sammelvorlage Seiten 88 – 89)
19.		Über- greifend	Über- greifend	Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus	Welche Aufgaben hat die Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus seit Besetzung der Position in 2025 übernommen, welche Maßnahmen wurden von ihr umgesetzt? Wird die Position der Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus des Berliner Senats über den 31.12.2026 hinaus fortfinanziert? a) Falls ja, in welchem Umfang und in welchen Titeln? b) Auf Basis welcher Qualifikation und Kriterien soll die Personalentscheidung in Folge der Besetzung nach dem 31.12.2026	GRÜNE	Bericht Nr. 17 (Sammelvorlage Seiten 90 – 92)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					erfolgen? c) Welchen Status, Kompetenzen und Aufgaben soll der/die Beauftragte erhalten? d) Welches jährliche Budget zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und für gemeinsame Maßnahmen mit Akteur*innen wird der Ansprechperson zur Verfügung gestellt? e) Welches senatseigene Handlungskonzept und welche Strategie liegt dem zugrunde? f) Welche Maßnahmen zum Qualitätsmanagement werden umgesetzt?		
20.		Über-greifend	Über-greifend	Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner Schulen	Soll die Stelle des/der Antidiskriminierungsbeauftragten für Berliner Schulen in den Haushaltsjahren 2026/2027 weiterentwickelt werden? Falls ja, inwiefern wird SenASGIVA fachlich miteinbezogen? Bei Möglichkeit bitte neue oder geänderte Schwerpunktsetzungen im Stellenprofil erläutern. Welche Kompetenzen aus dem Ressort (SenASGIVA) wurden in welchem Umfang in 2024 und 2025 für die Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsbeauftragten beansprucht? In welcher Form und in welchem Umfang ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in 2026 und 2027 anvisiert? Welche Mittel in welcher Höhe sind hierfür in den Haushaltsjahren 2026/2027 vorgesehen? Bitte maßnahmen- und titelscharf angeben.	GRÜNE	Bericht Nr. 18 (Sammelvorlage Seiten 93 – 94)
21.		Über-greifend	Über-greifend	Antidiskriminierung	In welcher Höhe sind in den Haushaltsjahren 2026/2027 Mittel für folgende Maßnahmen vorgesehen? Bitte nach Zweck jeweils projekt- und maßnahmenscharf angeben: a) Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus b) Antisemitismusprävention c) Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus und Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft d) Bekämpfung von antimuslimischen Rassismus und Umsetzung der	GRÜNE	Bericht Nr. 19 (Sammelvorlage Seiten 95 – 112)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Empfehlungen der Expert*innenkommission e) Bekämpfung von Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja f) Bekämpfung von anti-asiatischem Rassismus g) Bekämpfung von Ableismus h) Bekämpfung von Klassismus und soziale Ausgrenzung g) Empowermentmaßnahmen für von Antisemitismus, Rassismus oder andere Formen von Diskriminierung betroffene Gruppen h) Bekämpfung von Diskriminierung in folgenden gesellschaftlichen Handlungsfeldern: Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Gesundheitssektor, Schule/Bildung, Wissenschaft und Hochschule, Kultursektor, Sport, Behörden und öffentliche Stellen, Internet/Social Media, KI-Anwendungen, Clubkultur.		
22.		Über- greifend	Über- greifend	Verstärkungsmittel	Welche Situation muss eintreffen, damit das Land Berlin erneut eine Notlage ausrufen kann und so ggf. Verstärkungsmittel organisieren kann?	GRÜNE	Bericht Nr. 20 (Sammelvorlage Seiten 113 – 114)
24.		Über- greifend	Über- greifend		Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass für Frauen mit Suchtmittelabhängigkeiten sowie suchtmittelakzeptierende Angebote geschaffen werden sollen. Was plant die Senatsverwaltung in diesem Zusammenhang und sind für die Jahre 2026/2027 entsprechende Mittel vorgesehen?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 21 (Sammelvorlage Seiten 115 – 116)
25.		Über- greifend	Über- greifend		Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass Frauen und Mädchen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe wirksam vor Gewalt und Missbrauch geschützt werden sollen. Wann erfolgt die konsequente Einführung und Überprüfung von Gewaltschutzkonzepten in den Wohneinrichtungen einschließlich der Kontrolle durch die Heimaufsicht? Wird es in den Einrichtungen Frauenbeauftragte geben und wie sollen diese finanziell abgesichert werden (Koalitionsvertrag, S. 76)? Zudem: Wann wird die im Koalitionsvertrag angekündigte Studie zur Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen vorgelegt (S. 77)?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 22 (Sammelvorlage Seiten 117 – 118)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
26.		Über- greifend	Über- greifend	Umsetzung Partizipationsgesetz	Welche Maßnahmen hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bisher zur Umsetzung des PartMigG und des LADGs in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Titeln und in welchem Umfang sind dafür Mittel im DHH 2026/2027 eingestellt und welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Welche Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte hat SenASGIVA in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Umfang wurden Mittel dafür eingestellt?	LINKE	Bericht Nr. 23 (Sammelvorlage Seiten 119 – 125)
27.		Über- greifend	Über- greifend	Schulungen der Beschäftigten der Senatsverwaltung	Welche Schulungen der Beschäftigten im Hinblick auf das AGG, das LADG und das PartMigG hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung 2024 durchgeführt? Wie viele Beschäftigte haben an diesen Schulungen teilgenommen? Wie viele Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt? Erbeten wird eine Auflistung nach Tarifgruppen der Beschäftigten. Wie viele dieser Schulungen sind für die Jahre 2025, 2026 und 2027 geplant?	LINKE	Bericht Nr. 24 (Sammelvorlage Seiten 126 – 127)
28.		Über- greifend	Über- greifend	Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte	Welche Antidiskriminierungs- und Teilhabeprojekte zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte wurden von SenASGIVA im Jahr 2024 finanziert? Wie viele Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt? Wie viele dieser Antidiskriminierungs- und Teilhabeprojekte sind für die Jahre 2025, 2026 und 2027 geplant?	LINKE	Bericht Nr. 25 (Sammelvorlage Seiten 128 – 140)
29.		Über- greifend	Über- greifend	Diversität des Personals	Wie divers ist das Personal der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung? Wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind beschäftigt? Erbeten wird eine Auflistung nach Abteilungen und Tarifgruppen.	LINKE	Bericht Nr. 26 (Sammelvorlage Seiten 141 – 154)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
31.		Über- greifend	Über- greifend	Frauenförderung	Welche Maßnahmen zur Förderung weiblicher Beschäftigter hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bisher in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Titeln und in welchem Umfang sind dafür Mittel im DHH 2026/2027 eingestellt und welche konkreten Maßnahmen sind geplant?	LINKE	Bericht Nr. 27 (Sammelvorlage Seiten 155 – 157)
32.		Über- greifend	Über- greifend	Tarifgerechtigkeit und -vorsorge	Welcher finanzielle Mehrbedarf entsteht im EP 11 durch die Umsetzung der aktuellen und zu erwartenden Tarifabschlüsse und wo ist dieser im Haushaltsentwurf 2026/2027 abgebildet? Wie wird beim Land und bei den Bezirken insbesondere für die Umsetzung bei Freien Trägern in den Bereichen Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, Migrationsberatung, aber auch für sonstige Zuwendungsempfänger*innen dafür Vorsorge getroffen und wie stellt der Senat sicher, dass die Mittel bei den Beschäftigten ankommen? Wurden durch SenASGIVA alle Zuwendungsempfänger*innen per Schreiben darum gebeten, die Tarifierfassung aus ihren Rücklagen zu finanzieren oder wurden nur einige Zuwendungsempfänger*innen darum gebeten? Wenn nur einige, welche?	LINKE	Bericht Nr. 28 (Berichtsaufträge Nrn. 28, 35 und 36; Sammelvorlage Seiten 158 – 162)
33.		Über- greifend	Über- greifend	PMiA-Auflösung	Bis zu welchem Zeitpunkt im jeweiligen Haushaltsjahr muss die PMiA im EP 11 in 2026/2027 aufgelöst werden und aus welchen Titeln plant der Senat dafür Mittel zu entnehmen? (Bitte um kapitel-, titel- und teilansatzkonkrete Auflistung) Aus welchen Titeln hat der Senat in 2024 Mittel zur Auflösung der PMiA entnommen und aus welchen Titeln plant er die PMiA für das Haushaltsjahr 2025 aufzulösen? (Bitte um kapitel-, titel- und teilansatzkonkrete Auflistung für beide Haushaltsjahre.)	LINKE	Bericht Nr. 29 (Sammelvorlage Seiten 163 – 165)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
34.		Über- greifend	Über- greifend	Antidiskriminierungsprojekte	Erbeten wird eine kapitel- und titelkonkrete Darstellung der in Einzelplan 11 enthaltenen Mittel für Antidiskriminierungsprojekte in den Bereichen Bildung, Polizei/Justiz, Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und insgesamt für Antidiskriminierungsprojekte, die zu Diskriminierung in Behörden arbeiten, sowie ihre jeweilige finanzielle Ausstattung im geplanten Doppelhaushalt. Erbeten werden außerdem die Vergleichstitel aus 2023/24/25 unter Angabe der SOLL- und IST-Zahlen. Bitte um Begründung im Falle von Kürzungen oder Streichungen sowie um Erläuterungen zu den genutzten Kriterien im Falle von Aufwüchsen.	LINKE	Bericht Nr. 30 (Sammelvorlage Seiten 166 – 179)
35.		Über- greifend	Über- greifend	Schulungsmaßnahmen zu Antidiskriminierung, Partizipation und migrationsgesellschaftlicher Kompetenz für Beschäftigte der Senatsverwaltung	Erbeten wird ein detailgenauer Bericht über alle geplanten Schulungsmaßnahmen in den Bereichen Antidiskriminierung, Partizipation und migrationsgesellschaftliche Kompetenz für die Beschäftigten der Senatsverwaltung und ihrer untergeordneten Behörden in 2026/27. Wo sind im Haushaltsplan 2026/27 entsprechende Mittel etatisiert? Wie viele Mitarbeitende aus welchen Bereichen werden mit den geplanten Schulungen erreicht? Erbeten wird ein entsprechender Bericht zu den erfolgten Schulungen in 2023/24/25 unter Angabe der SOLL- und IST-Zahlen. In welcher Höhe erhielt das BQN - Zentrum für Diversitätskompetenz in 2023/24/25 Mittel für solche Schulungen und in welcher Höhe wird das BQN in 2026/27 entsprechende Mittel erhalten?	LINKE	Bericht Nr. 31 (Sammelvorlage Seiten 180 – 183)
36.		Über- greifend	Über- greifend	Diversität des Personals	Erbeten wird ein ganzheitlicher Bericht zur Personalsituation in der Senatsverwaltung und in ihren nachgeordneten Behörden, welcher mindestens die folgenden Diversitätsmerkmale erfasst: - weibliche, männliche, diverse Beschäftigte - Beschäftigte mit und ohne Behinderung - Beschäftigte mit und ohne Migrationshintergrund/Migrationsgeschichte Erbeten wird die Angabe jeweils in absoluten und relativen Zahlen unter Angabe des Stichtags. Wir bitten weiterhin um eine Aufschlüsselung nach Eingruppierung und Profession in den einzelnen Merkmalsgruppen und um einen Vergleich zur Gesamtbelegschaft.	LINKE	Bericht Nr. 32 (Sammelvorlage Seiten 184 – 197)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
37.		Über- greifend	Über- greifend	Queerbeauf- tragte*r	Stehen im Haushaltsplanentwurf die Personal- und Sachmittel für die Stelle der*des Queerbeauftragten im selben Umfang zur Verfügung wie im Doppelhaushalt 2024/25? Wie setzen sich diese im Einzelnen zusammen? Wer entscheidet über den Einsatz der Mittel? Ist damit gewährleistet, dass die Aufgaben der*des Queerbeauftragten umgesetzt werden können?	LINKE	Bericht Nr. 33 (Sammelvorlage Seiten 198 – 199)
38.		Über- greifend	Über- greifend	Notfallfonds für SenBJF-Projekte	Ist im Doppelhaushalt 2026/27 ein Notfallfonds eingerichtet worden, auf welchen zurückgegriffen wird, wenn die SenBJF abermals essentiell wichtigen Zuwendungsempfänger*innen die Mittel kürzt oder streicht? Wenn ja, in welcher Höhe sind in welchem Titel Mittel zu diesem Zwecke eingestellt und in voraussichtlich welche Projekte fließen diese Mittel in jeweils welcher Höhe? Wenn nein, warum nicht?	LINKE	Bericht Nr. 34 (Sammelvorlage Seiten 200 – 201)
Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -							
40.	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen [Tarifvorsorge]	Wie und auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge für die Jahre 2026 und 2027 jeweils berechnet? Ist damit sichergestellt, dass alle Zuwendungsempfangenden des Einzelplan 11 in den Jahren 2026/2027 die Tarifsteigerungen vollumfänglich erhalten können? Beinhaltet diese Position ebenfalls Verstetigungsmittel der vergangenen Tarifierhöhungen? Sind die Tarifsteigerungen aus 2024/2025 jeweils in den Zuwendungstiteln eingeflossen oder werden diese ebenfalls aus diesem Titel bestritten? <u>Im Rahmen der 38. Sitzung (1. Lesung) ergänzt:</u> Bitte insgesamt darstellen, wo überall Tarifvorsorge getroffen wurde, also bei welchen einzelnen Titeln und in welcher Höhe.	GRÜNE	Bericht Nr. 35 (Berichtsaufträge Nrn. 28, 35 und 36; Sammelvorlage Seiten 158 – 162)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
41.	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie und auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge berechnet? Ist die Tarifvorsorge für die gesamten Zuwendungsprojekte des EP 11 vorgesehen? Beinhaltet diese Position ebenfalls Verstetigungsmittel der vergangenen Tarifierhöhungen? <u>Im Rahmen der 38. Sitzung (1. Lesung) ergänzt:</u> Informationen zum laufenden Jahr ergänzen und darstellen, wie sich die Unterfinanzierung bei der Tarifvorsorge konkret auf die Träger bei der LADS auswirkt.	LINKE	Bspw. in 1150/68431 wird die Tarifvorsorge explizit ausgewiesen. Bericht Nr. 36 (Berichtsaufträge Nrn. 28, 35 und 36; Sammelvorlage Seiten 158 – 162)
42.	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Wie wird die veranschlagte PMiA für den Einzelplan 11 aufgelöst werden? Bitte um kapitelgenaue Angaben und titelscharfe Aufschlüsselung der bestehenden Planungen. Gibt es hierzu bereits Absprachen mit der SenFIN bzw. hausinterne Überlegungen? Kann ausgeschlossen werden, dass die Auflösung der PMiA auch aus Zuwendungstiteln des Einzelplans erfolgen wird?	GRÜNE	Bericht Nr. 37 (Sammelvorlage Seiten 202 – 203)
ÄÄ	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Ansatz 2026: -8.600.000 € Ansatz 2027: -8.800.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
				<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>		
				2026: - 12.500.000 € 2027: - 12.500.000 €	2026: - 8.134.000 € 2027: - 6.359.000 €		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse																
				a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung. Hintergrund ist die neue Lastenverteilung durch den Bundeshaushalt in der Finanzierung der DDR Renten. Dadurch werden in der Haushaltsstelle 1150/63115 Mittel in Höhe von 12.500.000 Euro zur Auflösung der mit diesem Änderungsantrag zusätzlich eingegangenen PMA frei. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Ansatz 2026: -21.100.000 Ansatz 2027: -21.300.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	AfD	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung für Zuwendungsprojekte in den Kapiteln 1120, 1130 und 1180. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Die Auflösung der Summe wird durch das Kapitel 1150, Titel 63115, „Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus dem Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR“ erbracht (verbindliche Erläuterung). <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	AfD	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE																						
Dagegen:	CDU, SPD																						
Enthaltung:	AfD																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Dafür:	GRÜNE, LINKE																						
Dagegen:	CDU, SPD																						
Enthaltung:	AfD																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -																							
43.		1120	Über-greifend		Welche Träger, die aus dem Kapitel 1120 finanziert werden, haben bereits eine Mitteilung erhalten, dass ihre bisherigen Förderungen eingestellt oder reduziert werden? Bitte um Darstellung, welche Förderprogramme oder Projekte hiervon betroffen sind und welche Mittel dabei wegfallen. Welchen Trägern wurde eine Weiterförderung in Aussicht gestellt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 38 (Sammelvorlage Seiten 204 – 213)																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
44.	49	1120	Über- greifend	Kofinanzierung der Bundesprogramme Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und allgemeine, unabhängige Asylverfahrensberatung (AVB)	Die Berliner Träger der MBE und AVB (LIGA Berlin) haben wiederholt und mit großer Dringlichkeit im April 2025 einen Antrag auf Mindestkofinanzierung in Höhe von 10% der Projektsummen (insgesamt 575.000 €) zur Aufrechterhaltung und Sicherung ihres Angebots in Berlin gestellt. Warum wurden hierfür keine Mittel in den HH 2026/2027 eingestellt obwohl die Förderrichtlinien seit 2 Jahren explizit das Einbringen von Drittmitteln, u.a. Landesfinanzierungen vorsieht? Wie soll der schrittweise Abbau von Beratungskapazitäten der Bundesprogramme, hier insbesondere der MBE, in Berlin aufgefangen werden?	LINKE	Bericht Nr. 39 (Berichtsaufträge Nrn. 13 und 39; Sammelvorlage Seiten 82 – 83)
45.	38	1120	23190 / 27292 / 28290	Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke / Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) / Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke	Bitte um projektscharfe Darstellung der Einnahmen: Aus welchen Bundes- und EU-Programmen fließen Mittel und für welche Maßnahmen und Projekte werden sie konkret eingesetzt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 40 (Sammelvorlage Seiten 214 – 218)
ÄÄ	38	1120	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2026: 624.000 € Ansatz 2027: 643.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE	
						AfD	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
							<u>Änderungsantrag Nr. 9/2</u> 2026: - 124.000 € 2027: - 124.000 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
47.	38	1120	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	In welchen Beratungsbereichen und in welchen Behörden/Trägern werden die über diesen Titel finanzierte Sprachmittlung eingesetzt?		CDU, SPD	Bericht Nr. 41 (Sammelvorlage Seiten 219 – 220)								
ÄÄ	39	1120	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 4.285.000 € Ansatz 2027: 4.345.000 €											
Änderungsanträge der Fraktionen																
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE		AfD <u>Änderungsantrag Nr. 10/2</u> 2026: - 1.000.000 € 2027: - 1.000.000 €								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
						a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
50.	39	1120	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände	Bitte um Auskunft über die Notwendigkeit der Neu- und Ersatzan-schaffungen von Büromittel (77.000 EUR, Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration).	AfD	Bericht Nr. 42 (Sammelvorlage Seiten 221 – 222)								
51.	40	1120	52610	Gutachten	Wie erklärt sich der Wegfall des Titels ab 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 43 (Sammelvorlage Seiten 223 – 224)								
52.	41	1120	53104	Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten	Wie war der Arbeitsbereich des Aussiedlerbeauftragten in den Jahren 2024 und 2025 personell aufgestellt? Warum geht SenASGIVA von einer Reduzierung des Angebots aus? Ist angesichts der Tatsache, dass der Aussiedlerbeauftragte seine Arbeit erst kürzlich aufgenommen hat, nicht mindestens von einer Fortsetzung des IST 2025 auszugehen?	CDU, SPD	Bericht Nr. 44 (Berichtsaufträge Nrn. 44 und 45; Sammelvorlage Seiten 225 – 226)								
53.	41	1120	53104	Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten	Bitte um Auskunft, warum es zu einer Reduzierung des Angebotes für Aussiedler kommen wird, angesichts der insg. hohen Zahl von Aussiedlern in Berlin.	AfD	Bericht Nr. 45 (Berichtsaufträge Nrn. 44 und 45; Sammelvorlage Seiten 225 – 226)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
54.	41 f.	1120	54010	Dienstleistungen	TA1: Bitte um Erläuterung der Umschichtungen TA3: Welche Dienstleistung wird über diesen Teilansatz finanziert? TA5: Wie sieht die wissenschaftliche Begleitung im Detail aus? TA6: Wie ist der aktuelle Sachstand zum Landesprogramm Audio- und Videodolmetschen, und in welchem Verhältnis stehen die bislang getätigten Ausgaben zu den tatsächlich erreichten Ergebnissen?	CDU, SPD	Bericht Nr. 46 (Berichtsaufträge Nrn. 46 und 47; Sammelvorlage Seiten 227 – 234)
55.	41 f.	1120	54010	Dienstleistungen	Zu TA 1.: Bitte um Darstellung der Kürzung der Mittel in 2026 und 27 um insgesamt 150.000€ Stellen Sie bitte den bisherigen Mittelabruf dar. Was bedeuten die Kürzungen für die Umsetzung des PartMigG Zu 6.: Bitte Abrufe darstellen. Geht die Senat davon aus, mit den einstellten Mitteln den Bedarf decken zu können? Welche Dienstleistungen wurden komplett gestrichen?	GRÜNE	Bericht Nr. 47 (Berichtsaufträge Nrn. 46 und 47; Sammelvorlage Seiten 227 – 234)
56.	42 ff.	1120	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Zu jedem Teilansatz wird um eine detaillierte Aufschlüsselung gebeten, wofür die bereitgestellten Mittel konkret verwendet werden, einschließlich einer Erläuterung der jeweiligen Zweckbestimmung. Welche Zuwendungsempfänger haben in 2025 in welcher Höhe für welche Projekte Mittel erhalten? Welche Zuwendungsempfänger plant SenASGIVA in 2026 und 2027 in welcher Höhe für welche Projekte zu fördern? Bitte auch das IST 2025 darstellen. TA5: Welche konzeptionellen Anpassungen oder fachlichen Neuerungen wurden bei den Deutschkursen vorgenommen?	CDU, SPD	Bericht Nr. 48 (Berichtsaufträge Nrn. 48, 49, 50 und 51; Sammelvorlage Seiten 235 – 254)
57.	42 ff.	1120	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte für alle TA die Abrufe in 2024 und 2025 darstellen. In welchen HH-Titel mit Teilansätzen wurden Umschichtungen vorgenommen? Kommt es hierbei zu Kürzungen? Auf welcher Grundlage/Bedarfsermittlung werden ggf. Kürzungen umgesetzt? Wie soll das bisherige Angebot aufgefangen werden? Zu TA 1.: Wie schätzt der Senat die Wirksamkeit und weitere Notwen-	GRÜNE	Bericht Nr. 49 (Berichtsaufträge Nrn. 48, 49, 50 und 51; Sammelvorlage Seiten 235 – 254)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					digkeit des Landesprogramms es? Aufgrund welcher Überlegungen kommt es hier zu Kürzungen. Wohin wird „umgeschichtet“? Zu TA 2.: Stellen Sie den TA bitte projektscharf in Abrufen und Ansätzen dar. TA 5.: Wie schätzt der Senat den Bedarf für Deutschkurse in den nächsten 2 Jahren ein? Insbesondere auch bei der Frage der Fachkräfteanerkennung? Zu TA 7.,8.,9.: In welcher Höhe werden die Ansätze im 68410 TA1 dargestellt? Bitte für beide Jahre darstellen. TA 11.: Wie begründet der Senat die Kürzung um eine Million € p.A.? Wie wird die Kürzung über beide Jahre im Detail auf die Projekte/Fonds verteilt? Wie schätzt der Senat den Bedarf an Projekten dieser Art ein?		
58.	42 ff.	1120	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Darstellung projektscharfer Mittelveränderung im Vergleich zu 2025 der Teilansätze 1 (Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lot), 5 (Deutschkurse für Geflüchtete (Basis- sowie Aufbausprachförderung), 11 (Integrationsfonds/bezirkliche Nachbarschaftsprogramme) (Verschiebung und ggf. Kürzungen): a. In welche Haushalts-Titel mit Teilansätzen wurden Umschichtungen vorgenommen? Kommt es hierbei zu Kürzungen? Auf welcher Grundlage/Bedarfsermittlung werden ggf. Kürzungen umgesetzt? Wie soll das bisherige Angebot aufgefangen werden? Darstellung für Teilansätze 1, 5 und 11. Projektscharfe Darstellung des Teilansatz 2 (Bezirksorientierter Einsatz von Sprachmittlern an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Maßnahme des Aktionsplans Roma). <u>Im Rahmen der 38. Sitzung (1. Lesung) erörtert:</u> Aufschlüsselung nach Bezirken und Frage zum Integrationsfonds schriftlich, der Rest ist geklärt.	LINKE	„Zu 1, 5 und 11. Weniger wegen Umschichtungen“ (S.43) Bericht Nr. 50 (Berichtsaufträge Nrn. 48, 49, 50 und 51; Sammelvorlage Seiten 235 – 254)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
59.	42 ff.	1120	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen [Roma- und Sinti-Beirat, Partizipationsbeirat, Islamforum]	Wie viel Personal und Mittel werden für den Roma- und Sinti-Beirat, Partizipationsbeirat und für das Islamforum zur Verfügung gestellt? Wie viel Mittel werden durch den Senat für die bezirklichen Beiräte zur Verfügung gestellt? Wie viel Personal wird davon finanziert? Kam es in den Bezirken zu Kürzungen bei Projekten wegen geringerer Finanzierung?	LINKE	Bericht Nr. 51 (Berichtsaufträge Nrn. 48, 49, 50 und 51; Sammelvorlage Seiten 235 – 254)
ÄÄ	42	1120	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 23.909.000 € Ansatz 2027: 23.839.000 € VE 2026: 17.264.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
				Änderungsantrag Nr. 2	Änderungsantrag Nr. 2		
				2026: + 2.244.000 € 2027: + 3.300.000 €	2026: + 2.026.000 € 2027: + 2.026.000 €		
				a) Begründung zum Änderungsantrag Nicht ausreichend finanzierte Ansätze. Weiterhin hoher Bedarf im Bereich der Integration von geflüchteten Menschen.	a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen		
				Zu TA 8: geplante Finanzierung für 26/27 nicht auffindbar im Haushaltsplan	b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Rücknahme der Kürzungen in TA 1 „Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen“		
				b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Zu TA. 1: Landesprogramm	2026 9.168.000 2027 9.168.000		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse																
				Integrationslotsinnen Ansatz 2026: 9.152.000 Ansatz 2027: 9.582.000 Zu TA 5: Deutschkurse für Geflüchtete Ansatz 2026: 3.245.000 Ansatz 2027: 3.295.000 Zu TA 8: Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. Beratungsforum Engagement für Geflüchtete Ansatz 2026: 194.000 Ansatz 2027: 200.000 Zu TA 11: Integrationsfonds/bezirkliche Nachbarschaftsprogramme Ansatz 2026: 11.920.000 Ansatz 2027: 12.420.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	Rücknahme der Kürzungen in TA 5 „Deutschkurse für Geflüchtete (Basis- sowie Aufbausprachförderung)“ 2026: 3.200.000 2027: 3.200.000 Rücknahme der Kürzungen in TA 11 „Integrationsfonds/bezirkliche Nachbarschaftsprogramme“ 2026: 11.925.000 2027: 11.925.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE																						
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																						
Enthaltung:	/																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Dafür:	GRÜNE, LINKE																						
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																						
Enthaltung:	/																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
61.	46	1120	68410	Partizipationsmaßnahmen	Zu jedem Teilansatz wird um eine detaillierte Aufschlüsselung gebeten, wofür die bereitgestellten Mittel konkret verwendet werden, einschließlich einer Erläuterung der jeweiligen Zweckbestimmung. Welche Zuwendungsempfänger haben in 2025 in welcher Höhe für welche Projekte Mittel erhalten? Welche Zuwendungsempfänger plant SenASGIVA in 2026 und 2027 in welcher Höhe für welche Projekte zu fördern? Bitte auch das IST 2025 darstellen. TA1: Wann beginnt und endet die nächste Förderperiode? Wann startet die Ausschreibung für die nächste Förderperiode? Sind Änderungen oder	CDU, SPD	Bericht Nr. 52 (Berichtsaufträge Nrn. 52, 53 und 54; Sammelvorlage Seiten 255 – 277)																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Anpassungen in der Ausschreibung für die kommende Förderperiode geplant? TA2: Wie wird die Effizienz der Maßnahmen gemessen? Welche konkreten Ergebnisse liegen vor, die die Wirksamkeit der geförderten Programme belegen? TA4 und TA5: Welche konkreten Aufgaben und Aktivitäten übernehmen die Programme Rin und Bridge? Wie unterscheiden sich die Programme in Bezug auf Zielgruppen und Leistungsangebote?		
62.	46	1120	68410	Partizipationsmaßnahmen	Zu allen TA: Bitte die Ansätze und Abrufe in 2024 und 2025 projektscharf darstellen. Zu TA 1.: Welche Umschichtungen werden hier durchgeführt? Bitte stellen Sie alle Angebote projektscharf, inklusive der „Umschichtungen“ oder Kürzungen dar. Gehen Sie insbesondere auf die absorbierten Angebote aus Titel 68406 ein. Ist geplant Angebote komplett zu streichen? Wenn ja, welche? Zu. TA 3.: Bitte die Zuwendungen des Bundes im Detail darstellen. Zu TA 4.: Projektscharfe Darstellung der Kürzungen im Vergleich zu 2025. Auf welcher Grundlage werden Kürzungen umgesetzt. Wie soll ein bestehendes, bedarfsgerechtes Angebot aufrecht erhalten werden? Zu TA 5.: Stellen Sie bitte die Nutzerzahlen für 2025 dar. Bitte die Kürzung erklären.	GRÜNE	Bericht Nr. 53 (Berichtsaufträge Nrn. 52, 53 und 54; Sammelvorlage Seiten 255 – 277)
63.	46	1120	68410	Partizipationsmaßnahmen	Projektscharfe Darstellung der Mittelveränderungen im Vergleich zu 2025 der Teilansätze 1 (Partizipations- und Integrationsprogramm), 2 (Spezifische Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten), 3 (Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds (AMIF)). (Umschichtung und ggf. Kürzungen): a. Teilansatz 1: In welche HH-Titel mit Teilansätzen wurden	LINKE	Zu 1. Weniger wegen Umschichtungen Zu 2. Die Mittel sind als Ko-Finanzierung zu

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Umschichtungen vorgenommen? Kommt es hierbei zu Kürzungen? Auf welcher Grundlage/Bedarfsermittlung werden ggf. Kürzungen umgesetzt? Wie soll das bisherige Angebot aufgefangen werden? b. Zu Teilansatz 4: Projektscharfe Darstellung der Kürzungen im Vergleich zu 2025. Auf welcher Grundlage werden Kürzungen umgesetzt. Wie soll ein bestehendes, bedarfsgerechtes Angebot aufrechterhalten werden? Erbeten wird das Ist für 2024 aller Teilansätze in diesem Titel. a. Gab es Teilansätze bei denen nicht alle Mittel abgerufen wurden? Gab es Ausgaben von Trägern, die nicht umgesetzt wurden mangels Ausschüttungen? Zu Teilansatz 7 (Strukturfonds): Was ist aus dem Strukturfonds 2024 und 2025 finanziert worden? Was soll daraus in 2026 und 2027 finanziert werden? b. Welche strategischen Planungen gibt es im Hinblick auf den Strukturfonds?		ESF-Mitteln veranschlagt (siehe Titel 68492). Zu 3. Weniger, da der Bund weniger Zuwendungen bewilligt. (S.46) Bericht Nr. 54 (Berichtsaufträge Nrn. 52, 53 und 54; Sammelvorlage Seiten 255 – 277)
ÄÄ	46	1120	68410	Partizipationsmaßnahmen	Ansatz 2026: 8.462.000 € Ansatz 2027: 8.463.000 € VE 2026: 5.754.000 € VE 2027: 1.902.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU /SPD				GRÜNE		LINKE	
Änderungsantrag Nr. 1				Änderungsantrag Nr. 3		AfD	
2026: +/- 0 € 2027: +/- 0 €				2026: + 100.000 € 2027: + 483.000 €			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse															
VE 2026: +/- 0 € VE 2027: +/- 0 € a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Ergänzung der Titelerläuterung (Schwerpunktsetzung) b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Für die Jahre 2026 und 2027 sind Mittel zur Fortführung von Projekten des Polki w Berlinie e. V. zur Integration der polnischen Community in Berlin vorgesehen.				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Nicht ausreichend finanzierte Ansätze. Weiterhin hoher Bedarf im Bereich der Partizipation von geflüchteten Menschen b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Zu TA 1: Partizipations- und Integrationsprogramm Ansatz 2026: 5.047.000 Ansatz 2027: 5.381.000 Zu TA 4: Berliner Netzwerk für Bleiberecht bridge Ansatz 2026: 154.000 Ansatz 2027: 254.000																		
<table><tr><td>Dafür:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>/</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>einstimmig angenommen</td></tr></table>				Dafür:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Dagegen:	/	Enthaltung:	AfD	Ergebnis:	einstimmig angenommen	<table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE																					
Dagegen:	/																					
Enthaltung:	AfD																					
Ergebnis:	einstimmig angenommen																					
Dafür:	GRÜNE, LINKE																					
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																					
Enthaltung:	/																					
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																					
64.	49	1120	68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	TA1: Welche Umschichtungen wurden vorgenommen? Bitte um eine projektscharfe Übersicht, aus der hervorgeht, welcher Träger welche Fördersumme erhält und wofür diese eingesetzt wird. Welche Zuwendungsempfänger haben in 2025 in welcher Höhe für welche Projekte Mittel erhalten? Welche Zuwendungsempfänger plant SenASGIVA in 2026 und 2027 in welcher Höhe für welche Projekte zu fördern? Bitte auch das IST 2025 darstellen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 55 (Berichtsaufträge Nrn. 55, 56 und 57; Sammelvorlage Seiten 278 – 283)															

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
65.	49	1120	68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	Zu TA1.: Bitte Ansätze und Abrufe projektscharf darstellen für 2024 und 2025. Bitte projektscharf die Planungen darstellen. Welches Projekt wird in welcher Höhe und wo im Kapitel 1150 dargestellt? TA 2.: Wie kam es zum Umbau des ISP? Wurde die LIGA der Wohlfahrt in die Entscheidung eingebunden? In welcher Höhe waren die Projekte vorher im ISP kalkuliert? Wie erklären Sie mögliche Kürzung um 40.000€ zum bisherigen Ansatz. Im ISP (1150 68431) wird eine gesonderte Tarifvorsorge getroffen, warum hier nicht? In welchem Titel mit Teilansatz werden die zusätzlichen Mittel in 2025 der MSD im Pangea-Haus/Charlottenburg-Wilmersdorf ausgewiesen. Falls nicht vorhanden, warum wird das einzige MSD-Angebot im Bezirk nicht fortgeführt? Wie soll der Beratungsbedarf aufgefangen werden?	GRÜNE	Bericht Nr. 56 (Berichtsaufträge Nrn. 55, 56 und 57; Sammelvorlage Seiten 278 – 283)
66.	49	1120	68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	Projektscharfe Darstellung Teilansatz 1 (Projekte der Wohlfahrtsverbände für migrationsbezogene und mehrsprachige Sozialberatungsstellen sowie das Projekt „work for refugees“) im Vergleich zu 2025. Werden Kürzungen vorgenommen? Wenn ja, auf welcher Grundlage und wie soll das Angebot aufrechterhalten werden. Welches Projekt wird zukünftig in 1150 nachgewiesen? In welcher Höhe und in welchem Titel? Wie kommt die Absenkung der Mittel in Teilansatz 2 (integriertes Förderprogramm der Migrationssozialdienste aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden) von 2025 (1,4 Mio. EUR der Migrationssozialdienste MSD im bisherigen Förderprogramm ISP) zu 2026 (1,36 Mio. EUR) zustande? In welchem Titel mit Teilansatz werden die zusätzlichen Mittel in 2025 der MSD im Pangea-Haus/Charlottenburg-Wilmersdorf ausgewiesen. Falls nicht vorhanden, warum wird das einzige MSD-Angebot im Bezirk nicht fortgeführt? Wie soll der Beratungsbedarf aufgefangen werden?	LINKE	„Zu 1. Weniger, da ein Projekt zukünftig im Kapitel 1150 nachgewiesen wird und wegen Umschichtung.“ (S.49) Bericht Nr. 57 (Berichtsaufträge Nrn. 55, 56 und 57; Sammelvorlage Seiten 278 – 283)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Werden Tarifmittel zusätzlich berücksichtigt und in welcher Höhe? Wo werden etwaige Tarifmittel im Haushaltsentwurf ausgewiesen?		
ÄÄ	49	1120	68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	Ansatz 2026: 1.950.000 € Ansatz 2027: 1.950.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE	
				Änderungsantrag Nr. 4		AfD	
				2026: + 500.000 € 2027: + 500.000 €			
				a) Begründung zum Änderungsantrag Sicherstellung der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen über das Projekt „work for refugees“ und Stärkung insbesondere der Beratung in der Begegnungsstätte in der Adalbertstr.. Keine ausreichende Finanzierung.			
				b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Zu TA 1: Ansatz 2026: 1.090.000 Ansatz 2027: 1.090.000			
				c) Anbringung Haushaltsvermerke: Zu TA 1:			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				„Förderung des Projektes „work for refugees“ mit 600.000€ p.A.			
				Dafür:	GRÜNE, LINKE		
				Dagegen:	CDU, SPD, AfD		
				Enthaltung:	/		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
67.	50	1120	68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen	TA4 und TA5: Es wird um eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten und der Beteiligung gebeten: Welche Maßnahmen werden genau finanziert, welche Träger erhalten welche Mittel, und wofür werden diese eingesetzt? Welche Zuwendungsempfänger haben in 2025 in welcher Höhe für welche Projekte Mittel erhalten? Welche Zuwendungsempfänger plant SenASGIVA in 2026 und 2027 in welcher Höhe für welche Projekte zu fördern? Bitte auch das IST 2025 darstellen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 58 (Berichtsaufträge Nrn. 58, 59 und 60; Sammelvorlage Seiten 284 – 291)
68.	50	1120	68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen	Welche TA wurden aus dem Titel gestrichen oder umgelagert? Wohin und in welcher Höhe? Werden Tarifmittel zusätzlich berücksichtigt und in welcher Höhe? Wie wurde die entsprechende Höhe ermittelt? Wo werden etwaige Tarifmittel im Haushaltsentwurf ausgewiesen? Bitte um projektscharfe Darstellung der Mittelveränderungen im Vergleich zu 2025 der Teilansätze 1, 2 und 4. Zu TA 5.: Wie verhalten sich diese zusätzlichen Mittel mit der Tarifvorsorge im Kopfkapitel 1100? Zum nicht vorhandenen aber erläuterten TA 6.: Wie kommt es zur Einfügung der Gemeinschaftspauschale hier? Diese galt bisher als Instrument zur Stärkung der Bezirke. Wer wird Empfänger der Mittel? Wie sollen diese ausgeschöpft werden? Wie wurden die Mittel und in welcher Höhe berechnet?	GRÜNE	Bericht Nr. 59 (Berichtsaufträge Nrn. 58, 59 und 60; Sammelvorlage Seiten 284 – 291)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Bitte auch die Verteilung auf die Bezirke darstellen.		
69.	50	1120	68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen	Projektscharfe Darstellung der Mittelveränderungen im Vergleich zu 2025 der Teilansätze 1 (Förderung von Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen nach § 7 BVFG 94.000 € 94.000 € sowie sonstiger Verbände zur Erfüllung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG), 2 (Zuschuss für die Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten) und 4 (Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen, Rechts- u. Verfahrensberatung für Geflüchtete). Werden Tarifmittel zusätzlich berücksichtigt und in welcher Höhe? Wo werden etwaige Tarifmittel im Haushaltsentwurf ausgewiesen? Zu 6. ist kein Teilansatz ausgewiesen? Welche HH-Mittel sind hierfür vorgesehen und wo sind diese eingestellt (HH-Titel- mit Teilansatz und Aufteilung auf die Bezirke).	LINKE	Bericht Nr. 60 (Berichtsaufträge Nrn. 58, 59 und 60; Sammelvorlage Seiten 284 – 291)
ÄÄ	50	1120	68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen	Ansatz 2026: 4.400.000 € Ansatz 2027: 4.400.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE	
				Änderungsantrag Nr. 5		AfD	
				2026: + 200.000 € 2027: + 200.000 €			
				a) Begründung zum Änderungsantrag Nicht ausreichende Finanzierung.			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
				Weiterhin hoher Bedarf im Bereich Flucht und Integration b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Zu TA 2 (Zuschuss für die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten): Ansatz 2026: 1.164.000 Ansatz 2027: 1.164.000 Zu TA 4 (Rechts- und Verfahrensberatung): Ansatz 2026: 1.145.000 Ansatz 2027: 1.145.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
70.	52	1120	68590	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen	Bitte genau darstellen, wie sich die Kosten auf bridge und RIN verteilen. In 2024 gab es einen Rest. Wie hat sich dieser in 2025 entwickelt? Welche Auswirkung hat dieser Rest auf die weitere Beantragung der Bundesmittel? Was genau leistet der TA 4 des Kapitel 68410?	GRÜNE	Bericht Nr. 61 (Sammelvorlage Seiten 292 – 295)								
71.	54	1120	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Welche konkreten Maßnahmen sollen mit den 10.000 € für das digitale Willkommenszentrum umgesetzt werden? Wann ist der Start des digitalen Willkommenszentrums geplant? Wie steht dieser Titel im Verhältnis zum Titel 53101 (mehrsprachige App) und zum Projekt „Partizipation Digital“?	CDU, SPD	Bericht Nr. 62 (Berichtsaufträge Nrn. 62 und 63; Sammelvorlage Seiten 296 – 298)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
72.	54	1120	51185	Dienstleistungen für die verfahrens- abhängige IKT	Was genau soll mit 10.000€ p.A. für das Projekt „Digitales Willkommenszentrum“ erreicht werden? Wie ist der Stand des Projektes und welche Mittel sind bereits geflossen?	GRÜNE	Bericht Nr. 63 (Berichtsaufträge Nrn. 62 und 63; Sammelvorlage Seiten 296 – 298)
Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -							
73.	59 ff.	1130	Über- greifend	LADS	Titelübergreifend zur Personalausstattung der LADS: - Bitte die Personalausstattung der LADS und Besetzungsstand im Detail darlegen. Bitte Stellen und Stellenbeschreibungen erläutern. - Welche Veränderungen ergeben sich im Vergleich zum Doppelhaushalt 24/25? Bitte im Detail erläutern. - Wie lässt sich die erhebliche Kürzung der Mittel für nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte begründen? - Welche zusätzlichen Stellen sind mit dem Haushalt 26/27 vorgesehen? - Gibt es darüber hinaus weitere Stellenbedarfe der LADS? - Bitte die Personalausstattung der LADG-Ombudsstelle und Besetzungsstand im Detail darlegen. - Welche zusätzlichen Stellen sind mit dem Haushalt 26/27 für die LADG-Ombudsstelle vorgesehen? - Welche Stellenbedarfe gibt es bei der LADG-Ombudsstelle darüber hinaus? Ist mit Blick auf gestiegene Meldezahlen in 2024 ein personeller Aufwuchs vorgesehen? - Welche Sachmittel stehen der LADG-Ombudsstelle in 26/27 zur Verfügung?	GRÜNE	Bericht Nr. 64 (gemeinsamer Bericht zu lfd. Nrn. 73 und 78; Sammelvorlage Seiten 299 – 309)
74.	59 ff.	1130	Über- greifend	LADS Pläne	- Welche Projekte und Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik werden mit dem Haushalt 26/27 der LADS umgesetzt? Bitte erläutern sowie titelscharf/ansatzscharf und in Höhe der jeweiligen Mittel angeben. Sind die eingestellten Mittel hierfür ausreichend?	GRÜNE	Bericht Nr. 65 (Sammelvorlage Seiten 310 – 320)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					- Welche Projekte und Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik werden mit dem Haushalt 26/27 der LADS nicht mehr umgesetzt? Bitte erläutern.		
75.		1130	Über- greifend	Langfristige Finanzierungsstrategie für LADS-geförderte Projekte	Welche Strategie verfolgt der Senat, um eine langfristige Finanzierung der LADS-geförderten Projekte sicherzustellen? <u>Im Rahmen der 38. Sitzung (1. Lesung) ergänzt:</u> Entbürokratisierungs- und Verstetigungspläne im Zuwendungsrecht darstellen.	LINKE	Bericht Nr. 66 (Sammelvorlage Seiten 321 – 322)
76.		1130	Über- greifend	Allgemeine Kostensteigerungen	Sind für Projekte, welche durch die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) gefördert werden, allgemeine Kostensteigerungen mit eingepreist? Wenn nein, warum nicht? Wann ja, auf welcher Basis erfolgte die Berechnung der allgemeinen Kostensteigerungen? Wie wird sichergestellt, dass Träger nicht aufgrund steigender allgemeiner Kosten ihr Angebot einschränken müssen?	LINKE	Bericht Nr. 67 (Sammelvorlage Seiten 323 – 324)
77.		1130	Über- greifend	Berliner Diversity-Landesprogramm	Welche konkreten Maßnahmen sind für 2026/27 im Rahmen des Diversity-Landesprogramms vorgesehen und wie sind diese finanziell unterlegt? Wie stellen sich diese Planungen im Vergleich zu den Maßnahmen und gegebenenfalls Gutachten aus 2024/25 (SOLL und IST) dar?	LINKE	Bericht Nr. 68 (Sammelvorlage Seiten 325 – 328)
78.		1130	Über- greifend	Personal- und Sachmittelausstattung der LADG-Ombudsstelle	Wie stellten sich die planmäßige und die tatsächliche Personalsituation der LADG-Ombudsstelle in 2024/25 dar? Mit wie vielen Stellen wird die LADG-Ombudsstelle in 2026/27 ausgestattet? Bitte jeweils mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung unterlegen. Sind der Senatsverwaltung personelle Mehrbedarfe bekannt? Welche Sachmittel sind für die Ombudsstelle im Haushaltsplan 2026/27 eingestellt? Erbeten werden außerdem die Vergleichstitel aus 2024/25 unter Angabe der SOLL- und IST-Zahlen. Wurden bzw. werden Ressourcen für eine Evaluation und/oder Novellierung eingestellt?	LINKE	Bericht Nr. 64 (gemeinsamer Bericht zu lfd. Nrn. 73 und 78; Sammelvorlage Seiten 299 – 309)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
79.		1130	Über- greifend	Personal- und Sachmittelausstat- tung des Begleit- gremiums der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft und der Expert*innen- kommission Antimuslimischer Rassismus	Wie stellten sich die planmäßige und die tatsächliche Personalsituation des Begleitgremiums der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft sowie der Expert*innenkommission Antimuslimischer Rassismus in 2024/25 dar? Mit wie vielen Stellen sind die Gremien in 2026/27 ausgestattet? Bitte jeweils mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung unterlegen. Sind der Senatsverwaltung personelle Mehrbedarfe bekannt? Welche Sachmittel sind für die beiden Gremien im Haushaltsplan 2026/27 eingestellt? Erbeten werden außerdem die Vergleichstitel aus 2024/25 unter Angabe der SOLL- und IST-Zahlen.	LINKE	Bericht Nr. 69 (Sammelvorlage Seiten 329 – 331)
80.		1130	Über- greifend	Personal- und Sachmittelausstat- tung der verschie- denen Landesbe- auftragten	Welche Mittel und Personalressourcen (aufgeschlüsselt nach Tarif- gruppen) standen den Landesbeauftragten für Spätaussiedler*innen, Antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und queeres Leben in 2024/25 jeweils für ihre Arbeit zur Verfügung? Wieviel Geld haben sie jeweils an welche Projekte verausgabt? Welche Mittel und Personal- ressourcen (aufgeschlüsselt nach Tarifgruppen) sieht der Haushaltsplan 2026/27 jeweils für die Landesbeauftragten vor? An welche Projekte verausgaben sie voraussichtlich jeweils Mittel in welcher Höhe? Bitte um tabellarische Darstellung.	LINKE	Bericht Nr. 70 (Sammelvorlage Seiten 332 – 336)
81.	61	1130	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Warum waren die Rückzahlungen im Jahr 2024 so hoch? Warum wird mit geringeren Rückzahlungen in den Jahren 2026 und 2027 kalkuliert? Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 71 (Sammelvorlage Seiten 337 – 338)
82.	61	1130	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Bitte die Höhe der Rückzahlungen erläutern und projektscharf ausweisen. Welche Maßnahmen ergreift die LADS, um die Höhe der Rückzahlungen dauerhaft zu senken, zum Beispiel durch eine frühere Ausreichung der Zuwendungen im laufenden Haushaltsjahr bzw. durch eine frühere Vergabe der finalen Zuwendungsbescheide im laufenden Haushaltsjahr?	GRÜNE	Bericht Nr. 72 (Sammelvorlage Seiten 339 – 349)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse							
ÄA	61	1130	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2026: 100.000 € Ansatz 2027: 100.000 €									
Änderungsanträge der Fraktionen														
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 4</u> 2026: + 250.000 € 2027: + 250.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	AfD
Dafür:	GRÜNE, LINKE													
Dagegen:	CDU, SPD, AfD													
Enthaltung:	/													
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt													
ÄA	61	1130	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2026: 269.000 € Ansatz 2027: 278.000 €									
Änderungsanträge der Fraktionen														
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	<u>Änderungsantrag Nr. 11/2</u>							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
						2026: - 50.000 € 2027: - 50.000 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	61	1130	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 3.785.000 € Ansatz 2027: 3.968.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD									
					<u>Änderungsantrag Nr. 3</u> 2026: + 174.000 € 2027: + 178.000 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Mehr i.H.v. 173.460 € in 2026 und 177.800 € in 2027 für je zwei zusätzliche E-13-Stellen in der LADG-Ombudsstelle aufgrund des dauerhaft erhöhten	<u>Änderungsantrag Nr. 12/2</u> 2026: - 900.000 € 2027: - 900.000 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse															
					Beratungsaufkommens b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) 2026: 3.959.000 2027: 4.146.000 c) Anbringung Haushaltsvermerke: Änderungen im Stellenplan auf S. 315, 42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten: 2 zusätzliche Stellen E 13 für 2026 und 2027 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	<table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	GRÜNE, LINKE																					
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																					
Enthaltung:	/																					
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																					
Dafür:	AfD																					
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE																					
Enthaltung:	/																					
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																					
83.	61	1130	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Wie erklärt sich die Mittelabsenkung in den Jahren 2026 und 2027 im Vergleich zum Ansatz 2025? Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 73 (Sammelvorlage Seiten 350 – 351)															
84.	62	1130	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Wie erklärt sich die Mittelabsenkung in den Jahren 2025, 2026 und 2027 im Vergleich zum IST 2024? Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 74 (Sammelvorlage Seiten 352 – 353)															
ÄÄ	62	1130	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Ansatz 2026: 55.000 € Ansatz 2027: 55.000 €																	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 5</u> 2026: - 48.000 € 2027: - 48.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung: Verzicht auf Hirschfeld-Gala des Queerbeauftragten und Begleitmaterial zur Gala (in 2025 ca. 48.000 € aus 53101 für „Begleitmaterial“ ausgegeben) b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) 2026: 7.000 2027: 7.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE, AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	AfD	
Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD														
Dagegen:	CDU, SPD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
85.	62	1130	54010	Dienstleistungen	Welche konkreten Kürzungen ergeben sich aus der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027? Welche Projekte, Programme oder Träger sind hiervon betroffen, und in welchem Umfang? Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die Senatsverwaltung?	CDU, SPD	Bericht Nr. 75 (Sammelvorlage Seiten 354 – 356)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
86.	62	1130	54010	Dienstleistungen	- Bitte um genaue Aufschlüsselung des Ansatzes für die in der Erläuterung angegebenen Maßnahmen inkl. der jeweiligen kalkulierten Kosten für die Jahre 26/27. - Welche Auswirkungen haben die vorgenommenen Einsparungen für 26/27? Welche geplanten Aufträge, Maßnahmen, Vorhaben etc. können nun nicht mehr realisiert werden? - Welche Mittel sind hier vorgesehen für die Fortführung bzw. weitere Umsetzung des Landesprogramms Diversity? - Für was wurden die Dienstleistungsmittel in 24/25 verausgabt? Bitte im Detail aufschlüsseln. -Wie ist der Stand beim Aufbau der personellen und fachlichen Kapazitäten für die Zuwendungssachbearbeitung bei der LADS selbst?	GRÜNE	Bericht Nr. 76 (Sammelvorlage Seiten 357 – 359) [Frage zum Landesprogramm Diversity nach Aussprache erledigt ; siehe Inhaltsprotokoll]
87.	62	1130	54010	Dienstleistungen	Welche Kürzungen sind im Titel vorgenommen worden und warum? Bitte um eine detaillierte Aufschlüsselung des Titels. Wofür sind Verpflichtungsermächtigungen in welcher Höhe geplant und welche dieser Maßnahmen unterliegen dem Sperrvermerk?	LINKE	Bericht Nr. 77 (Sammelvorlage Seiten 360 – 364)
ÄÄ	62	1130	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 478.000 € Ansatz 2027: 469.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
					<u>Änderungsantrag Nr. 6</u> 2026: - 45.000 € 2027: - 45.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung: Verzicht auf Hirschfeld-Gala des Queerbeauftragten		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
					mit geplanten Gesamtkosten von 90.000 Euro aus den Titeln 54010 und 54053 (laut Berichtsauftrag Nr. 65, S. 319) b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) 2026: 433.000 2027: 424.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE, AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD															
Dagegen:	CDU, SPD															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
88.	62	1130	54053	Veranstaltungen	Welche Veranstaltungen sind zu welchen Themen für 26/27 vorgesehen und/oder bereits in konkreter Planung? Für was wurden die Mittel in 24/25 verausgabt? Bitte im Detail aufschlüsseln.		GRÜNE	Bericht Nr. 78 (Sammelvorlage Seiten 365 – 367)								
ÄÄ	62	1130	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2026: 75.000 € Ansatz 2027: 75.000 €											
Änderungsanträge der Fraktionen																
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE Änderungsantrag Nr. 7 2026: - 56.000 € 2027: - 56.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag		AfD	Änderungsantrag Nr. 3/2 2026: - 45.000 € 2027: - 45.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse															
					Gegenfinanzierung: Verzicht auf den Posten „Giveaway Produkte Ansprechperson Queeres Berlin“ sowie auf die Hirschfeld-Gala des Queerbeauftragten mit geplanten Gesamtkosten von 90.000 Euro aus den Titeln 54010 und 54053 (laut Berichtsauftrag Nr. 65, S. 319) <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> 2026: 19.000 2027: 19.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE, AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		Projekt und Veranstaltungen zur „verstärkten Diversity-Implementierung in der Berliner Verwaltung“ können gestrichen werden. In der Berliner Verwaltung sollten nur – wie grundgesetzlich vorgeschrieben – die am besten geeigneten Bewerber eingestellt werden, unabhängig von der Ethnizität oder sex. Orientierung. Deswegen benötigt die Landesverwaltung keine „verstärkte Diversity-Implementierung“. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD																						
Dagegen:	CDU, SPD																						
Enthaltung:	/																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Dafür:	AfD																						
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE																						
Enthaltung:	/																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
89.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	TA1: Welche konkreten Kürzungen ergeben sich aus der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027? Welche Projekte, Programme oder Träger sind hiervon betroffen, und in welchem Umfang? Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die Senatsverwaltung? TA2: Welche konkreten Kürzungen ergeben sich aus der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027? Welche Projekte, Programme oder Träger sind hiervon betroffen, und in welchem Umfang? Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die Senatsverwaltung? TA3: Welche konkreten Kürzungen ergeben sich aus der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027? Welche Projekte, Programme oder Träger sind hiervon betroffen, und in welchem Umfang? Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die Senatsverwaltung?		CDU, SPD	Bericht Nr. 79 (Sammelvorlage Seiten 368 – 369)															

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
90.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Inwieweit sind in "TA1 LSBTI Projekte (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) sowie Projekte im Rahmen der IGSV" Maßnahmen oder Projekte im Zusammenhang mit der Landesstrategie „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ im Jahr 2026 und 2027 eingeplant?	CDU, SPD	Bericht Nr. 80 (Sammelvorlage Seiten 370 – 372)
91.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Inwieweit haben sich die Kürzungen Anfang 2025 durch die Senatsverwaltung für Bildung, Familie und Jugend bei queeren Bildungsträgern und das teilweise Auffangen bei der LADS auf die Haushaltsmittel in diesem Teilansatz ausgewirkt? Und wie ist die Perspektive für 2026 und 2027?	CDU, SPD	Bericht Nr. 81 (Sammelvorlage Seiten 373 – 374)
92.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Welche Projekte wurden in den Jahren 2024 und 2025 über den Bezirksfonds „Queeres Leben in den Bezirken“ gefördert? Bitte Aufschlüsselung mit Summen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 82 (Sammelvorlage Seiten 375 – 395)
93.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Welche Projekte wurden in den Jahren 2024 und 2025 als Mikroprojekte Pride Sommer gefördert?	CDU, SPD	Bericht Nr. 83 (Sammelvorlage Seiten 396 – 398)
94.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	- Bitte um Angabe der verausgabten Mittel dieses Titels im Jahr 2024 und im ersten Halbjahr 2025 unter Angabe der jeweiligen Teilansätze und projektscharfer Darstellung. - Bitte um projekt- und maßnahmenscharfe Aufschlüsselung aller Teilansätze inkl. der jeweiligen Projektförderungen für 26/27 und Darlegung der Umsetzung der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags bzw. der Richtlinien der Regierungspolitik für diese Jahre. Bitte dabei kenntlich machen: Aufwüchse bei bestehenden Projekten, neue Projektfinanzierungen, Kürzungen bei Projekten, Streichung von Zuwendungen, Umgang mit den Tarifanpassungen. - Welche Projekte aus 24/25 werden in 26/27 nicht länger gefördert oder laufen aus? Auf Grundlage welcher Kriterien wurde die Entscheidung	GRÜNE	Bericht Nr. 84 (gemeinsamer Bericht zu lfd. Nrn. 94 und 95; Sammelvorlage Seiten 399 – 440)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					getroffen Projekte auslaufen zu lassen? - Welche konkreten Auswirkungen haben die Kürzungen für den Zuwendungstitel in 26/27? Bitte maßnahmen- und projektscharf darstellen bzw. den Wegfall der politischen Vorhaben unter Angabe der jeweiligen Förderhöhen erläutern. - Welche Mittel sollen von anderen Senatsverwaltungen in auftragsweiser Bewirtschaftung verausgabt werden? - Wird die LADS in 26/27 von anderen Senatsverwaltungen Mittel in auftragsweiser Bewirtschaftung erhalten? Falls ja, in welcher Höhe und für was? - Wie werden die Mittel unter Teilansatz 1 für LSBTI-Projekte und Projekte im Rahmen der IGSV ausgesteuert, um gleichberechtigt die gesamte queere Community zu erreichen und bisherige strukturelle Unterrepräsentationen zu schließen? Bitte rückblickend die Finanzierung für 24/25 in Teilsummen aufschlüsseln für jeweils (überwiegend) schwule, lesbische, bisexuelle, trans, inter und queere Projekte? Wie werden die Aufwüchse in 26/27 verwendet und ausgesteuert, um dieses Ziel weiter zu erreichen? - Welche Mittel werden in welcher Höhe und für welche Maßnahmen in Teilansatz 1 verwendet, um gezielt die queere Infrastruktur in den Außenbezirken weiter auszubauen? - Welche Mittel sind eingestellt zur Umsetzung der Landesstrategie gegen Queerfeindlichkeit? Bitte konkret maßnahmen- und projektbezogen aufschlüsseln? - Über welche Mittel in welcher Höhe und für welche Maßnahmen verfügt die Ansprechperson Queeres Berlin?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					- Teilansätze 2 und 3: Bitte im Detail erläutern, welche Mittel in welcher Höhe projekt- und maßnahmenscharf für folgende Zwecke vorgesehen sind: a) Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus b) Antisemitismusprävention c) Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus und Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft Bekämpfung von antimuslimischen Rassismus und Umsetzung der Empfehlungen der Expert*innenkommission e) Bekämpfung von Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja f) Bekämpfung von anti-asiatischem Rassismus g) Bekämpfung von Ableismus h) Bekämpfung von Klassismus und soziale Ausgrenzung g) Empowermentmaßnahmen für von Antisemitismus, Rassismus oder andere Formen von Diskriminierung betroffene Gruppen h) Bekämpfung von Diskriminierung in folgenden gesellschaftlichen Handlungsfeldern: Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Gesundheitssektor, Schule/Bildung, Wissenschaft und Hochschule, Kultursektor, Sport, Behörden und öffentliche Stellen, Internet/Social Media, KI-Anwendungen, Clubkultur. i) Fortführung bzw. Umsetzung des Landesprogramms Diversity Bitte dabei jeweils die inhaltliche Ausrichtung der Vorhaben und Projekte einzeln darstellen. - Teilansatz 3: Warum wird - trotz des Erstarkens des Rechtsextremismus und der Zunahme politisch motivierter Gewalt – das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt um ca. 2 Mio Euro gekürzt? Welche Absprachen und Vereinbarungen gibt es innerhalb des Senats, Rechtsextremismus in Berlin zu bekämpfen und die Demokratie zu schützen, angesichts der ebenfalls in Millionenhöhe vorgesehenen Kürzungen der Zuschüsse für Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt im EP 05, Kapitel 0500, Titel 54051 und 68558		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					- Teilansatz 4: Was wird die LADS in 26/27 konkret unternehmen, um die Realisierung der Unabhängigen Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung) konkret voranzutreiben? Welche Gespräche und Austauschformate werden dabei mit der Zivilgesellschaft stattfinden, um angesichts der veränderten Rahmenbedingungen eine konzeptionelle Anpassung nach den Forderungen der Zivilgesellschaft vorzunehmen? Falls die UBS weiterhin nicht realisiert werden sollte und damit die LADG-Ombudsstelle weiterhin eine der wichtigsten Anlaufstellen für Bildung/Schule bleibt: Sind dafür im Haushalt 26/27 zusätzliche personelle und fachliche Ressourcen vorgesehen? - Wie ist der Stand bei der Realisierung des Schwarzen Community-Zentrums? - Zur Erläuterung „Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die überjährige Projektförderung“: Welche Kriterien müssen Zuwendungsempfänger erfüllen, um die überjährige Projektförderung zu erhalten? Bitte Kriterien darstellen und Verfahren erläutern. Was genau ist mit „überjährig“ gemeint? Nachdem im Doppelhaushalt 24/25 bereits diese Erläuterung enthalten war, aber in der Praxis zu keiner Veränderung in der einjährigen Zuwendungssystematik führte, ist denn mit dem Doppelhaushalt 26/27 tatsächlich geplant, mehrjährige Förderungen auszureichen? - Wie hoch war die Eigenanteilsfinanzierung der Zuwendungsprojekte in 24/25 als prozentuale Vorgabe und in absoluten Zahlen (bitte Gesamtsumme jeweils benennen). Wie hoch ist die Vorgabe für die geplante Eigenanteilsfinanzierung für die Zuwendungsprojekte (als prozentuale Vorgabe bzw. in absoluten Zahlen). Wie sich sich der Eigenanteil in den Folgejahren weiterentwickeln? Warum hält die LADS trotz der fortgesetzten Kritik an der Umstellung der Zuwendungssystematik an der Eigenanteilsfinanzierung fest?		
95.	63	1130	68406	Zuschüsse an	Zu TA 1 LSBTI Projekte (Lesben, Schule, Bisexuelle, trans- und	LINKE	Bericht Nr. 84

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				soziale oder ähnliche Einrichtungen	intergeschlechtliche Menschen) sowie Projekte im Rahmen der IGSV: Wie viel Mittel stehen welchem Projekt jeweils in 2026/27 zur Verfügung? (Bitte einzeln und für jedes Jahr getrennt auflisten) Wenn Mittel gekürzt oder gänzlich gestrichen wurden, Bitte um projektscharfe Angabe Kürzung und der Gründe. Welche Projekte wurden warum neu aufgenommen? Was passiert mit den Projekten, die in 2025 Jahr aus dem EP 10 übernommen wurden? Wann haben bzw. wann werden die jeweiligen Projekte von den Neuerungen/Kürzungen/Streichungen erfahren? Zu TA 2 Projekte der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungs- und Diversityarbeit und zur Beratung in Fällen von Diskriminierung: Welche Kürzungen sind im Titel vorgenommen worden und warum? Bitte um Aufschlüsselung des Titels. Zu TA 3 Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt: Wie werden die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und die Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen sowie ggf. weitere vergleichbare Fachstellen gegen Diskriminierung in bestimmten Lebensfeldern in den Haushaltsjahren 2026/27 finanziert? Wie ist der Umsetzungsstand der Einrichtung einer Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen? In welchem Maße ist die Koordinierung der Berliner Register von Kürzungen betroffen und wie begründet die Senatsverwaltung diese? Zu TA 4: Unabhängige Beschwerdestelle im Bildungsbereich (UBS): Wie erklärt die Senatsverwaltung die bisher nicht vollzogene Einrichtung einer Unabhängigen Beschwerdestelle im Bildungsbereich (UBS)? Für welche Maßnahmen wurden die für das Haushaltsjahr 2025 eingestellten Mittel in Höhe von 10.000 € verausgabt?		(gemeinsamer Bericht zu lfd. Nrn. 94 und 95; Sammelvorlage Seiten 399 – 440)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
96.	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen [Nr. 3 Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechts-extremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt]	Bitte um Auskunft, warum es keine Projekte gegen Linksextremismus oder Klimaextremismus gibt. Wie teilen sich die finanziellen Mittel für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 detailscharf auf? Welche Projekte, welche Organisationen, welche NGOs etc. Wir bitten um eine vollständige Auflistung.	AfD	Bericht Nr. 85 (Sammelvorlage Seiten 441 – 442)
ÄÄ	63	1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 26.003.000 € Ansatz 2027: 26.672.000 € VE 2026: 26.003.000 € VE 2027: 26.672.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE <u>Änderungsantrag Nr. 6</u> 2026: + 3.886.000 € 2027: + 3.217.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag	LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 8</u> 2026: + 1.788.000 € 2027: + 1.779.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag	AfD <u>Änderungsantrag Nr. 4/2</u> 2026: -10.409.903 € 2027: -10.808.295 € a) Begründung zum Änderungsantrag	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				Mehr in 2026/2027 zur Fortschreibung des Ansatzes 2025 in derselben Höhe und damit der Möglichkeit der Rücknahme von Kürzungen bzw. Streichungen, insbesondere beim Landesprogramm, bei den Projekten der queeren Bildung bei ABqueer, LSVD und Schwulenberatung, bei der Koordinierungsstelle der Berliner Register oder bei Sonntagsclub und Bi+Berlin sowie für die Möglichkeit der Fortführung des sog. „Rettungsfonds“ für Projekte u.a. der Antisemitismusprävention, der Antidiskriminierungs- und queeren Bildung. Maßnahmen der Landesstrategie Queerfeindlichkeit sollen extra und nicht auf Kosten bestehender Präventionsprojekte im Bereich queerer Bildung finanziert werden. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Änderung der Tabelle: TA 1: „LSBTI Projekte (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) sowie Projekte im Rahmen der IGSV“ Ansatz 2026: 10.290.000 Ansatz 2027: 10.290.000 TA 2: „Projekte der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungs- und Diversityarbeit und zur Beratung in Fällen von Diskriminierung“ Ansatz 2026: 1.750.000	Aufstockungen für die Umsetzung der „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ sowie für die Einrichtung einer Unabhängigen Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung), Rücknahme von Kürzungen in TA 1 und TA 3 Zu TA 1: - Mehr i.H.v. 312.000 € für die Fortsetzung der etablierten Projekte „Aufklärung und Sensibilisierung zu LSBTI-Themen“ (BLSB des LSVD Berlin-Brandenburg e.V.), Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu LSBTIQ Lebensweisen“ (ABqueer e.V.) und „Jo weiß Bescheid“ (Psychosoziales Zentrum für Schwule e.V.) sowie des „LSBTIQ* Inklusionsfonds“ - Mehr i.H.v. 204.000 € für die Rücknahme der Kürzungen bei den Projekten „Fachstelle Bi+“ (BiBerlin e.V.), „Lesbenwohnprojekt“ (RuT-Rad und Tat Berlin gGmbH), „Fachstelle LSBTI*, Alter(n) und Pflege“ (Psychosoziales Zentrum für Schwule e.V.) - Mehr i.H.v. 813.000 € für die Fortsetzung (auf dem Niveau von 2024) der über den „Notfallfonds“ gesicherten Projekte „QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung“, „Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik i-Päd“ und „QueerLeben/inter*trans*	Umschichtung der Mittel in Projekte, die sich mit der Bekämpfung des Linksterrorismus oder Klimaextremismus beschäftigen, im Rahmen eines neuen Landesprogrammes gegen Linksextremismus. Erhöhung der Mittel zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> TA Nr. 3 Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt Ansatz 2026: 15.409.903 € Ansatz 2027: 15.808.295 € 2026: -13.000.000 € 2027: -13.000.000 € TA Nr. 3 (neu) Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Bekämpfung des Linksextremismus und Klimaextremismus; Projekte zur Stärkung und zum Schutz vor Diskriminierung und Gewalt; Erhöhung der Mittel zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Ansatz 2026 - Ansatz 2027 -	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse															
				Ansatz 2027: 1.750.000 TA 3: „Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt“ Ansatz 2026: 17.774.000 Ansatz 2027: 17.774.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	Beratung für Kinder und Jugendliche“ - Mehr i.H.v. 250.000 € für Maßnahmen zur Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit. Zu TA 3: Mehr i.H.v. 19.000 € in 2026 und 10.000 € in 2027 für „Kompetente Netzwerke gegen Rechts“ (Apabiz e.V.) Zu TA 4: Mehr i.H.v. 190.000 € für die Einrichtung einer Unabhängigen Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung) b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> TA 1: „LSBTI Projekte (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) sowie Projekte im Rahmen der IGSV“ 2026: 10.465.875 2027: 10.694.515 TA 3: Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt 2026: 15.428.903 2027: 15.818.295 TA 4: Unabhängige Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung)	2026: + 5.000.000 € 2027: + 5.000.000 € <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	GRÜNE, LINKE																					
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																					
Enthaltung:	/																					
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																					
Dafür:	AfD																					
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE																					
Enthaltung:	/																					
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																					

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
					2026: 200.000 2027: 200.000 c) <i>Anbringung Haushaltsvermerke:</i> „Mittel i.H.v. 250.000 € für Maßnahmen zur Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit sind bis zur Vorlage eines diesbezüglichen Konzepts gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.“ <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
97.	65	1130	68690	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen	Wofür genau werden die erhöhten Mittel verwendet, und welche Maßnahmen oder Projekte sollen damit finanziert werden?	CDU, SPD	Bericht Nr. 86 (Sammelvorlage Seiten 443 – 444)								
98.	65	1130	68690	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen	Bitte um projektscharfe Aufschlüsselung der eingestellten Mittel.	GRÜNE	Bericht Nr. 87 (Sammelvorlage Seiten 445 – 446)								
99.	65	1130	68790	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im	Welche EU-Fördermittel in welcher Höhe sind in 26/27 zu erwarten und für welche Projekte sind sie vorgesehen. Bitte im Detail erläutern.	GRÜNE	Bericht Nr. 88 (Sammelvorlage Seite 447)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				Ausland aus zweckgebundenen Einnahmen			
Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -							
100.		1170	Über-greifend		Mit welchen Ausgaben rechnet SenASGIVA für die Einführung der Bezahlkarte. In welchem Titel sind diese verortet?	CDU, SPD	Bericht Nr. 89 (Sammelvorlage Seiten 448 – 451)
ÄA	263	1170	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2026: 1.219.000 € Ansatz 2027: 1.256.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 13/2</u> 2026: - 500.000 € 2027: - 500.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.	
						Dafür:	AfD
						Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion		Bemerkungen/ Beschlüsse
						Enthaltung:		/	
						Ergebnis:		mehrheitlich abgelehnt	
101.	263	1170	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Wie kommt die Differenz zwischen dem Ist 2024 (66.025 €) und den niedrigen Ansätzen für 2026 und 2027 (jeweils 18.100 €) zustande?		LINKE		Bericht Nr. 90 (Sammelvorlage Seiten 452 – 453)
102.	263	1170	42722	Ausbildungsentgelte, (Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre)	Wie viele Praktikumsplätze hat das LAF in den Jahren 2024 und 2025 angeboten?		CDU, SPD		Bericht Nr. 91 (Sammelvorlage Seite 454)
ÄÄ	264	1170	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 6.827.000 € Ansatz 2027: 7.032.000 €				
Änderungsanträge der Fraktionen									
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE		AfD	
								Änderungsantrag Nr. 14/2	
								2026: - 1.400.000 € 2027: - 1.400.000 €	
								a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.	
								Dafür:	
								AfD	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
						Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE
						Enthaltung:	/
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
103.	264	1170	44100	Beihilfen für Dienstkräfte	Wie erklärt sich die Mittelerhöhung in den Jahren 2026 und 2027 im Vergleich zum Ansatz 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 92 (Sammelvorlage Seiten 455 – 456)
104.	264	1170	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände	Es wird um eine detaillierte Aufschlüsselung gebeten, welche Anschaffungen getätigt wurden und welche Mittel für Wartung und Reparatur vorgesehen bzw. eingesetzt wurden.	CDU, SPD	Bericht Nr. 93 (Sammelvorlage Seiten 457 – 458)
105.	265	1170	51803	Mieten für Maschinen und Geräte	Bitte um Auskunft, warum solch hohe Mietkosten (22.000 EUR) für Wasserspender in den Dienstgebäuden (Landesamt für Flüchtlings-angelegenheiten) notwendig sind; Bitte um die konkrete Nennung der Dienstleister/Firmen.	AfD	Bericht Nr. 94 (Sammelvorlage Seiten 459 – 460)
106.	265	1170	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Es wird um Auskunft gebeten, welcher Quadratmeterpreis für die beiden betreffenden Objekte veranschlagt ist.	CDU, SPD	Bericht Nr. 95 (Sammelvorlage Seite 461)
107.	266	1170	52501	Aus- und Fortbildung	Wie erklärt sich die Abweichung zwischen dem IST 2024 und den Ansätzen 2025, 2026 und 2027? Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 96 (Sammelvorlage Seiten 462 – 463)

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE		AfD	Änderungsantrag Nr. 2/2 2026: + 5.000.000 € 2027: + 5.000.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Durch eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Bedarfe wie Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts sind hohe Einsparungen für den Berliner Haushalt möglich, die gerade in dieser angespannten Haushaltslage dringend nötig sind. Die Bedarfe können durch Sachleistungen, Gutscheine, oder durch die Einführung der Bezahlkarte gedeckt werden. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
112.	269 f.	1171	Über- greifend	Zentrale Aufnah- meeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberin- nen/Asylbewerber	Wie kommt die Differenz zwischen dem Ist 2024, welcher 341.283.718,80 € betrug, und den Ansätzen für 2025: 254.848.000 €, für 2026: 255.629.400 € und für 2027: 256.176.800 € zustande? Wurden für die Ausgaben für 2025 zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, gemäß dem Ist 2024? Erbeten wird die Aufschlüsselung der Kosten für Sicherheitsmaßnahmen, Personal, Ausstattung und Gelder, die an Betreiber von Unterkünften		LINKE	Bericht Nr. 101 (Sammelvorlage Seiten 471 – 473)								

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE		AfD	Änderungsantrag Nr. 15/2 2026: - 50.000 € 2027: - 50.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
117.	271	1171	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter	Warum wird die externe Sprachmittlung beauftragt? An welcher Stelle im Einzelplan sind die Kosten für die externe Sprachmittlung verortet? Gibt es insgesamt eine Kostenersparnis durch externe Dienstleister?		CDU, SPD	Bericht Nr. 106 (Berichtsaufträge Nrn. 106 und 107; Sammelvorlage Seiten 483 – 484)								
118.	271	1171	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Wo genau ist die erwähnte externe Sprachmittlung haushälterisch hinterlegt? Bitte auch die Höhe darstellen.		GRÜNE	Bericht Nr. 107 (Berichtsaufträge Nrn. 106 und 107; Sammelvorlage Seiten 483 – 484)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
ÄA	271	1171	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 17.962.000 € Ansatz 2027: 18.501.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD									
						<u>Änderungsantrag Nr. 16/2</u> 2026: - 4.000.000 € 2027: - 4.000.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.									
						<table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
119.	271	1171	54010	Dienstleistungen	Bitte um eine detaillierte Aufschlüsselung, wofür die bereitgestellten Mittel konkret in den Jahren 2024 und 2025 verwendet wurden und in den Jahren 2026 und 2027 verwendet werden, einschließlich einer Erläuterung der jeweiligen Zweckbestimmung. Es wird um eine Erläuterung gebeten, in welchem Verhältnis die unabhängige externe Asylverfahrensberatung zu den Angeboten in Titel 68412 (TA4 und TA5) steht, insbesondere hinsichtlich ergänzender Maßnahmen, inhaltlicher Unterschiede und angesprochener Zielgruppen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 108 (Berichtsaufträge Nrn. 108 und 109; Sammelvorlage Seiten 485 – 488)
120.	271	1171	54010	Dienstleistungen	Bitte stellen Sie die Dienstleistungen projektscharf dar. Bitte auch die Abrufe in 2024 und 2025 projektscharf darstellen.	GRÜNE	Bericht Nr. 109 (Berichtsaufträge Nrn. 108 und 109; Sammelvorlage Seiten 485 – 488)
121.	272	1171	63615	Nichtstationäre Krankenhilfe	Es wird um eine Begründung der Ansätze für 2026 und 2027 gebeten, insbesondere angesichts der deutlich sinkenden Zahl der Asylbewerber. Zudem wird um Angabe der Zahl der im Jahr 2024 und 2025 behandelten Personen gebeten. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 110 (Berichtsaufträge Nrn. 110, 111 und 112; Sammelvorlage Seiten 489 – 490)
122.	272	1171	63625	Stationäre Krankenhilfe	Es wird um eine Begründung der Ansätze für 2026 und 2027 gebeten, insbesondere angesichts der deutlich sinkenden Zahl der Asylbewerber. Zudem wird um Angabe der Zahl der im Jahr 2024 und 2025 behandelten Personen gebeten. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 111 (Berichtsaufträge Nrn. 110, 111 und 112; Sammelvorlage Seiten 489 – 490)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
123.	272	1171	63635	Sonstige Kranken- hilfeleistungen	Es wird um eine Begründung der Ansätze für 2026 und 2027 gebeten, insbesondere angesichts der deutlich sinkenden Zahl der Asylbewerber. Zudem wird um Angabe der Zahl der im Jahr 2024 und 2025 behandelten Personen gebeten. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 112 (Berichtsaufträge Nrn. 110, 111 und 112; Sammelvorlage Seiten 489 – 490)
124.	272	1171	67113	Krankentransporte nach dem SGB XII	Wie hoch ist das bisherige IST 2025? Reichen die Ansätze für die Jahre 2026 und 2027?	CDU, SPD	Bericht Nr. 113 (Sammelvorlage Seiten 491 – 492)
125.	273	1171	67133	Eingliederungs- hilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	Wie erklärt sich die Differenz zwischen dem IST 2024 und den Ansätzen in den Jahren 2025, 2026 und 2027?	CDU, SPD	Bericht Nr. 114 (Sammelvorlage Seiten 493 – 494)
126.	273	1171	67159	Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 115 (Berichtsaufträge Nrn. 115, 116 und 117; Sammelvorlage Seiten 495 – 501)
127.	273	1171	67159	Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG	Erklären Sie bitte den sehr niedrigen Ansatz. Im Vergleich zum Ist 2024 werden -100mio € veranschlagt und das Ist von Juni 2025 liegt bereits über dem Ansatz. Bitte um genaue Erläuterung wie der Ansatz des Titels ermittelt wurde. Stellen Sie bitte wenn möglich das Ist 2025 dar (ggf. Prognose).	GRÜNE	Bericht Nr. 116 (Berichtsaufträge Nrn. 115, 116 und 117; Sammelvorlage Seiten 495 – 501)

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE		AfD	Änderungsantrag Nr. 5/2 2026: + 800.000 € 2027: + 800.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Deutliche Erhöhung der Fördermittel für die freiwillige Rückkehr. Viele Migranten sind rückkehrwillig, sie finden aber nur wenig Unterstützung und Beratung. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
132.	274	1171	68134	Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 121 (Berichtsaufträge Nrn. 121, 122, 123 und 124; Sammelvorlage Seiten 506 – 508)								
133.	274	1171	68134	Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG	Wie viele Personen haben in 2024 und 2025 Barleistungen in Anspruch genommen? Wie kommt es in Anbetracht des hohen Ist 2024 zu den geringen Ansätzen in 2026/27?		GRÜNE	Bericht Nr. 122 (Berichtsaufträge Nrn. 121, 122, 123 und 124; Sammelvorlage								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
							Seiten 506 – 508)
134.	274	1171	68134	Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG	Wie kommt die Differenz zwischen dem Ist 2024 und den Ansätzen für 2026 und 2027 von -39% zustande?	LINKE	Bericht Nr. 123 (Berichtsaufträge Nrn. 121, 122, 123 und 124; Sammelvorlage Seiten 506 – 508)
135.	274	1171	68134	Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Auskunft, warum Barleistungen in solcher Höhe (2024 fast 36 Mio. EUR) erfolgen, wo doch Unterkunft und Verpflegung gestellt werden. Auch die Beträge für 2025 und 2026 liegen bei über 21 Mio. EUR.	AfD	Bericht Nr. 124 (Berichtsaufträge Nrn. 121, 122, 123 und 124; Sammelvorlage Seiten 506 – 508)
ÄÄ	274	1171	68134	Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG	Ansatz 2026: 21.908.000 € Ansatz 2027: 21.908.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
							Änderungsantrag Nr. 1/2
							2026: - 21.908.000 € 2027: - 21.908.000 €
							a) Begründung zum Änderungsantrag

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse							
							Nach dem Willen des Bundesgesetzgebers sollen nach § 3 Abs. 2 S. 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Bedarfe für den persönlichen Bereich von Personen bei einer Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen grundsätzlich durch Sachleistungen gedeckt werden. <i>b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)</i> Der Titel entfällt. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
136.	274	1171	68135	Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 125 (Sammelvorlage Seiten 509 – 510)							
137.	274	1171	68136	Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 126 (Sammelvorlage Seiten 511 – 512)							
138.	274	1171	68149	Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 127 (Sammelvorlage Seiten 513 – 514)							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
139.	275	1171	68174	Leistungen außerhalb der Sozialhilfe	Bitte um eine detaillierte Aufschlüsselung, wofür die bereitgestellten Mittel konkret verwendet werden, einschließlich einer Erläuterung der jeweiligen Zweckbestimmung.	CDU, SPD	Bericht Nr. 128 (Sammelvorlage Seiten 515 – 516)								
Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle -															
140.	280	1172	11934	Rückzahlungen überzahlter Beträge	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 129 (Sammelvorlage Seiten 517 – 518)								
ÄA	280	1172	11934	Rückzahlungen überzahlter Beträge	Ansatz 2026: 200.000 € Ansatz 2027: 200.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD									
					<u>Änderungsantrag Nr. 9</u> 2026: -+ 2.025.000 € 2027: -+ 2.025.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung für Kapitel 1120.										
					<table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
141.	280	1172	28101	Ersatz von Ausgaben	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 130 (Berichtsaufträge Nrn. 130 und 131; Sammelvorlage Seiten 519 – 521)
142.	280	1172	28101	Ersatz von Ausgaben	Bitte den Einnahmensprung erklären. Wenn möglich Ist 2025 darstellen (bzw. Prognose). Welche haushälterische Wirkung erzielt die neue Gebührenordnung?	GRÜNE	Bericht Nr. 131 (Berichtsaufträge Nrn. 130 und 131; Sammelvorlage Seiten 519 – 521)
ÄA	280	1172	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2026: 865.000 € Ansatz 2027: 861.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD Änderungsantrag Nr. 17/2 2026: - 173.000 € 2027: - 173.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
							Dafür:	AfD
							Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE
							Enthaltung:	/
							Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
ÄÄ	280	1172	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 6.873.000 € Ansatz 2027: 7.080.000 €			
Änderungsanträge der Fraktionen								
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD		
						Änderungsantrag Nr. 18/2		
						2026: - 1.400.000 € 2027: - 1.500.000 €		
						a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Personal“ wegen unbesetzter Planstellen, Versetzungen, oder der Nicht-Nachbesetzung von vakanten Planstellen.		
						Dafür:	AfD	
						Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	
						Enthaltung:	/	
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
143.	280	1172	51140	Geräte-, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände	Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 132 (Sammelvorlage Seite 522)
144.	280	1172	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände	Bitte um Erklärung der Höhe des Ansatzes im Vergleich zum Ist 2024. Weshalb rechnet der Senat mit einer Reduktion der Ausgaben in 2026 und 2027 im Vergleich zu 2024?	GRÜNE	Bericht Nr. 133 (Sammelvorlage Seiten 523 – 524)
145.	280	1172	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände	Obwohl das Ist für 2024 6.651.186 € beträgt, sind für die kommenden Haushaltsjahre jeweils nur 1,5 Mio. € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -77%?	LINKE	Bericht Nr. 134 (Sammelvorlage Seiten 525 – 526)
146.	280	1172	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände	Bitte um Auskunft, warum es notwendig ist, „insbesondere Ersatzbeschaffungen von Haushaltsgeräten und Einrichtungsgegenständen für Flüchtlingsunterkünfte im laufenden Betrieb“ anzuschaffen (in 2024 über 6,5 Mio. EUR). Warum ist eine solche hohe Zahl an Ersatzbeschaffungen notwendig?	AfD	Bericht Nr. 135 (Sammelvorlage Seiten 527 – 528)
147.	281	1172	51701	Bewirtschaftungs- ausgaben	Wie viele Asylbegehrende sind in den angemieteten Objekten untergebracht? Was ist in der Erläuterung mit „andere Personen“ gemeint? Wie viele „andere Personen“ sind in den angemieteten Objekten untergebracht? Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 136 (Sammelvorlage Seiten 529 – 530)
148.	281	1172	51701	Bewirtschaftungs- ausgaben	Bitte das Ist 2025 darstellen. Stellen Sie die Kosten für alle angemieteten Objekte für die Jahre 2025, 2026 und 2027 dar.	GRÜNE	Bericht Nr. 137 (vertrauliche Berichte, Seiten 3 – 5)
149.	281	1172	51701	Bewirtschaftungs-	Das Ist für 2024 beträgt 22,1 Mio. €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 12.457.000 € angesetzt – wie erklärt die	LINKE	(Aus dem Haushalts- entwurf: „Bewirt-

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				ausgaben	Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -44%?		schaftungsausgaben für von Dritten angemietete Objekte, in denen Asylbegehrende sowie andere Personen untergebracht sind (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte“) Bericht Nr. 138 (Sammelvorlage Seiten 531 – 532)
150.	281	1172	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 139 (Sammelvorlage Seiten 533 – 534)
151.	281	1172	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Welche Objekte und Gebühren sollen im Detail finanziert werden? Was bedeuten der Titel für die Einrichtung des neuen Ankunftszenrum Tegel? Welche Kosten bezüglich Tegel werden aus dem diesem Titel bestritten?	GRÜNE	Bericht Nr. 140 (vertrauliche Berichte, Seiten 6 – 9)
152.	282	1172	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Es wird um Auskunft gebeten, welcher Quadratmeterpreis für die jeweils angemieteten Objekte veranschlagt ist. Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 141 (vertrauliche Berichte, Seiten 10 – 12)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
ÄA	282	1172	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Ansatz 2026: 28.413.000 € Ansatz 2027: 28.413.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD <u>Änderungsantrag Nr. 7/2</u> 2026: - 5.682.000 € 2027: - 11.000.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes Nichtverlängerung von Mietverträgen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
153.	282	1172	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Es wird um Auskunft gebeten, welcher Quadratmeterpreis für die jeweils angemieteten Objekte veranschlagt ist. Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 142 (Berichtsaufträge Nrn. 142, 143 und 144, vertrauliche Berichte, Seiten 13 – 16)								
154.	282	1172	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete	Listen Sie alle Objekte und die jeweiligen Verpflichtungen für 2025, 2026 und 2027 und folgende auf.	GRÜNE	Bericht Nr. 143								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
				aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Wie kommt es hier zu den geringen Ansätzen im Vergleich zum Ist 2024? Das Ist 2025 bitte darstellen.		(Berichtsaufträge Nrn. 142, 143 und 144, vertrauliche Berichte, Seiten 13 – 16)
155.	282	1172	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Das Ist für 2024 beträgt 100.068.570 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 65.785.000 € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -34%?	LINKE	Bericht Nr. 144 (Berichtsaufträge Nrn. 142, 143 und 144, vertrauliche Berichte, Seiten 13 – 16)
ÄA	282	1172	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Ansatz 2026: 65.785.000 € Ansatz 2027: 65.785.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD <u>Änderungsantrag Nr. 6/2</u> 2026: - 13.157.000 € 2027: - 26.500.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes aufgrund der Nichtverlängerung von Mietverträgen.	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
							Zudem sind NKM von bis zu über 19 EUR/m2 deutlich zu hoch. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
156.	283	1172	54010	Dienstleistungen	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 145 (Sammelvorlage Seiten 535 – 536)								
157.	283	1172	54010	Dienstleistungen	Erklären Sie bitte den sehr niedrigen Ansatz. Im Vergleich zum Ist 2024 werden -200mio € veranschlagt und das Ist von Juni 2025 liegt bereits über dem Ansatz. Bitte um genaue Erläuterung wie der Ansatz des Titels ermittelt wurde. Bitte um tabellarische Darstellung der einzelnen in der Erläuterung benannten Kostenpunkte (Sicherheitsleistungen, Catering, Entrümpelung) in der jeweiligen Unterkunft mit ihren Kosten dar. Welchen Anteil der Kosten trug die Notunterbringung in Tegel und welche fallen für die nächsten 2 Jahre an?		GRÜNE	Bericht Nr. 146 (Sammelvorlage Seiten 537 – 538)								
158.	283	1172	54010	Dienstleistungen	Das Ist für 2024 beträgt 321.191.028 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 92 Mio. € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -71%?		LINKE	Bericht Nr. 147 (Sammelvorlage Seiten 539 – 540)								
ÄÄ	283	1172	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 92.000.000 € Ansatz 2027: 92.000.000 €											
Änderungsanträge der Fraktionen																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE		AfD	Änderungsantrag Nr. 8/2 2026: - 18.400.000 € 2027: - 36.800.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung des Ansatzes „Dienstleistungen“. Weniger Flüchtlingsunterkünfte erfordern weniger Sicherheitsdienste, Catering, Entrümpelung etc. Die deutliche Verkleinerung Tegels wird also zu geringeren Kosten führen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD															
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE															
Enthaltung:	/															
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt															
159.	284	1172	67101	Ersatz von Ausgaben	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?		CDU, SPD	Bericht Nr. 148 (Berichtsaufträge Nrn. 148 und 149; Sammelvorlage Seiten 541 – 542)								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
160.	284	1172	67101	Ersatz von Ausgaben	Das Ist für 2024 beträgt 197.387.560 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 68.746.000 € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -65%?	LINKE	Bericht Nr. 149 (Berichtsaufträge Nrn. 148 und 149; Sammelvorlage Seiten 541 – 542)
161.	285	1172	68261	Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 150 (Sammelvorlage Seiten 543 – 544)
162.	285	1172	68261	Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen	Bitte listen Sie alle geplanten Maßnahmen konkret mit ihren Kosten auf. Welche Maßnahmen wurden in 2024 und 2025 durchgeführt?	GRÜNE	Bericht Nr. 151 (Sammelvorlage Seiten 545 – 546)
163.	285	1172	68261	Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen	Das Ist für 2024 beträgt 37.086.389 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 900.000 € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -98%?	LINKE	(Aus dem Haushaltsentwurf: „Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in von der BIM GmbH angemieteten Objekten, die zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen genutzt werden.“) Bericht Nr. 152 (Sammelvorlage Seiten 547 – 548)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
164.	285	1172	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027. Wie hoch ist das bisherige IST 2025?	CDU, SPD	Bericht Nr. 153 (Sammelvorlage Seiten 549 – 550)
165.	285	1172	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Das Ist für 2024 beträgt 27.676.856 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 1.747.000 € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -94%?	LINKE	Bericht Nr. 154 (Sammelvorlage Seiten 551 – 552)
166.	286	1172	89121	Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften	Bitte um Erläuterung und Begründung der Ansätze in den Jahren 2026 und 2027.	CDU, SPD	Bericht Nr. 155 (Berichtsaufträge Nrn. 155 und 156; Sammelvorlage Seiten 553 – 554)
167.	286	1172	89121	Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften	Das Ist für 2024 beträgt 14.818.000 €, für die kommenden Haushaltsjahre sind jedoch jeweils nur 5.008.000 € angesetzt – wie erklärt die Senatsverwaltung diese deutliche Differenz von -66%?	LINKE	Bericht Nr. 156 (Berichtsaufträge Nrn. 155 und 156; Sammelvorlage Seiten 553 – 554)
ÄÄ	286	1172	89121	Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften	Ansatz 2026: 5.008.000 € Ansatz 2027: 5.008.000 € VE 2026: 4.000.000 € VE 2027: 4.000.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE		LINKE	AfD

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
				<u>Änderungsantrag Nr. 7</u> 2026: - 1.000.000 € 2027: - 1.000.000 € a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Zur Gegenfinanzierung b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)</i> Ansatz 2026: 4.008.000 Ansatz 2027: 4.008.000 <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE, AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD	Dagegen:	CDU, SPD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Dafür:	GRÜNE, LINKE, AfD														
Dagegen:	CDU, SPD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -															
168.		1180	Über-greifend		Welche Träger, die aus dem Kapitel 1180 finanziert werden, haben bereits eine Mitteilung erhalten, dass ihre bisherigen Förderungen ab 2026 eingestellt oder reduziert werden? Bitte um Darstellung, welche Förderprogramme oder Projekte hiervon betroffen sind und welche Mittel dabei wegfallen. Welchen Trägern wurde eine Weiterförderung in Aussicht gestellt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 157 (Sammelvorlage Seiten 555 – 558)								
169.	287 ff.	1180	Über-greifend 68406 68418 68447		Welche Träger und Projekte werden in der Abteilung Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung mit einer Zuwendung für 2025 und 2026 gefördert? Bitte um tabellarische Auflistung der Träger und Projekte und jeweilige Höhe der Förderung.	GRÜNE / LINKE	Gesamtes Kapitel anhalten Bericht Nr. 158 (Sammelvorlage								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
			68459 68492		Welche Träger und Projekte haben von der Abteilung Frauen und Gleichstellung eine Kürzung über Förderung für die Jahre 2026 und 2027 bekommen, bzw. müssen aufgrund bestehender Planungen mit einer Kürzung rechnen? Bitte um genauen Angabe für die jeweiligen Jahre, Höhe der jeweiligen Kürzungen und Begründung. Ist die Senatsverwaltung mit den Projekten wo größere Kürzungen anstehen darüber im Austausch, wie sie ihr Angebot trotz der Kürzungen aufrecht erhalten können - ohne Personal zu entlassen? Aus welchem Titel werden die Tarifierhöhungen für den Bereich Frauen und Gleichstellung finanziert? Wie soll die im Jahr 2026 und in folgenden Jahren anstehende Tarifierhöhung bei den geförderten Projekten berücksichtigt und umgesetzt werden? Wie verteilen sich die Anpassungsmittel auf die o.g. Träger und Projekte? Welche Projekte und Träger besitzen im Kapitel 1180 eine tarifliche Bindung bzw. bezahlen analog eines Tarifvertrages? Bitte einzeln aufschlüsseln! Wir bitten ebenfalls um eine Erklärung, in welchem Rahmen Miet- und Energiekostensteigerungen bei den Sachkostensteigerungen berücksichtigt sind. Welche Zuwendungsprojekte im Bereich Gleichstellung haben wann einen Zuwendungsbescheid für zwei Jahre bekommen? Bitte tabellarisch aufschlüsseln. Wie steht der Senat zu dem von der Koalition im letzten Haushaltsverfahren beschlossenen Ziel, Projekte zweijährig zu finanzieren? Ist dieses Ziel bei der Ausgestaltung dieses Doppelhaushalts berücksichtigt worden? Wenn nicht: Warum nicht?		Seiten 559 – 573)
170.	287 ff.	1180	Über- greifend		Verfolgt die Koalition weiterhin das im Koalitionsvertrag angekündigte Ziel, alle Frauen*projekte und Beratungsstellen in die Regelfinanzierung zu überführen, zu verstetigen und die Eingruppierung der Beschäftigten in den Frauen*projekten entsprechend ihrer tatsächlichen Tätigkeit und Qualifikation im Rahmen der Zuwendungen sicherzustellen? Oder wurde dieses Ziel mit der Haushaltsaufstellung 2026/2027 ad acta gelegt?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 159 (Sammelvorlage Seiten 574 – 575)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
171.	287 ff.	1180	Über- greifend		Bitte listen Sie detailliert auf, bei welchen Projekten (ehemaligen FIS-Stellen) bzw. Positionen in welcher Höhe Kürzungen geplant sind – sowohl bei den Frauen*projekten als auch innerhalb der Senatsverwaltung. Wie stellt die Senatsverwaltung sicher, dass insbesondere niedrigschwellige Beratungsangebote und Frauen*projekte in den Außenbezirken nicht von Kürzungen betroffen sind und in ihrer Existenz gefährdet werden? Wird die Einrichtung einer Fachberatungs- und Interventionsstelle mit einem Kinder- und Jugendbereich gegen häusliche Gewalt in Treptow-Köpenick geplant? Wenn ja, mit welchem Budget jeweils für die Jahre 2026 und 2027?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 160 (Sammelvorlage Seiten 576 – 577)
172.	287 ff.	1180	Über- greifend		In welchem Titel ist die Sensibilisierungskampagne zum Thema Gender Pay Gap veranschlagt und mit welchen finanziellen Mitteln ist sie für 2026/2027 ausgestattet?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 161 (Sammelvorlage Seite 578)
173.	287 ff.	1180	Über- greifend		1.) In welchem Titel befindet sich Studie zur Untersuchung des Ausmaßes und von Verhinderungsmöglichkeiten von Zwangsheirat? Wie viele Mittel sind 2026/2027 jeweils vorgesehen? 2.) Bitte nennen Sie die vorgesehene Förderung für Female-Genital-Mutilation-Cutting-Präventionsprojekte in den Jahren 2026/2027 sowie die dafür vorgesehenen Mittel zur Finanzierung der Change Agents. Wie viele Change Agents sind derzeit tätig und erhalten finanzielle Mittel? Bitte geben Sie auch die Höhe der Honorare pro geleisteter Stunde an.	GRÜNE / LINKE	1.) nach Aussprache erledigt ; siehe Inhaltsprotokoll 2.) Bericht Nr. 162 (Sammelvorlage Seiten 579 – 580)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
174.	287 ff.	1180 + 2711 + ggf. weitere	Über- greifend		Bitte kapitel- und titelübergreifend um Darstellung einer Gesamtübersicht über alle Mittel im Bereich Prostitution und Sexarbeit im EP 11 und EP 29 unter Berücksichtigung von Kapitel 2711 für die Jahre 2024/2025, sowie der Vergleich zu 22/23. Bitte nach Projekten und unter Angabe der Förderhöhe in Jahresscheiben von 2022 bis 2027 darstellen. Wurden die Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches Sexarbeit, wie von den Bezirken Mitte und Tempelhof-Schöneberg sowie von Projektträgern angeregt, in einem Kapitel zentralisiert? Wenn nein, warum nicht?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 163 (Sammelvorlage Seiten 581 – 585)
179.		1180	Über- greifend		Sind die im Einzelplan 11 des DHH 2026/27 veranschlagten Mittel für Gewaltprävention, Unterstützung Alleinerziehender und Armutsbekämpfung bei Frauen aus Sicht des Senats bedarfsgerecht kalkuliert, und auf Grundlage welcher Kennziffern erfolgte die Bemessung? Wie stellt der Senat sicher, dass die Wirksamkeit der im Einzelplan 11 eingesetzten Mittel in diesen Bereichen überprüfbar und transparent nachweisbar ist?	AfD	Bericht Nr. 164 (Sammelvorlage Seiten 586 – 587)
180.		1180	Über- greifend		Welche konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat sind im Kapitel 1180 vorgesehen, und in welcher Höhe sind dafür Mittel in welchem Titel für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 eingeplant? 1. Werden konkret geförderte Maßnahmen (zur Prävention, Beratung und Schutz) bei Zwangsheirat separat ausgewiesen oder sind sie Teil übergeordneter Förderbereiche? 2. Werden Maßnahmen gegen Zwangsheirat explizit gefördert oder in bestehende Schutz- und Beratungsangebote integriert? Bitte um nähere Erläuterungen. 3. Welche Träger und Projekte sind mit der Umsetzung betraut (bitte auflisten)? 4. Wie erfolgten die Erfolgskontrolle und Bedarfsanalyse? 5. Wurde der in den Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026 angekündigte Forschungsauftrag zur Zwangsverheiratung bereits vergeben? Falls nein, wann ist die Ausschreibung geplant? Falls ja, an welche Institution und mit welchem Untersuchungsdesign? Wann sind Evaluationsergebnisse zu	AfD	Bericht Nr. 165 (Sammelvorlage Seiten 588 – 590)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					erwarten? 6. In welcher Höhe wurden dafür Mittel im DHH 2024/25 veranschlagt und abgerufen (bitte unter Angabe des Titels und der Ansätze)? 7. In welchen Kapiteln und Titeln sind dafür Mittel im DHH 2026/27enthalten und in welcher Höhe?		
182.	289	1180	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Woraus ergibt sich das hohe IST bei der Rückzahlung von Zuwendungsmitteln für 2024? Von welcher Summe geht der Senat aktuell für diesen Titel bis Ende 2025? In welchem Zusammenhang stehen die hohen Rückzahlungssummen mit den Sparmaßnahmen des Senats?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 166 (Sammelvorlage Seiten 591 – 592)
ÄÄ	289	1180	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2026: 350.000 € Ansatz 2027: 350.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 1/1</u> 2026: + 500.000 € 2027: + 500.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Anpassung an die bisherigen Rückzahlungsvolumina. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Gegenfinanzierung	
						Dafür:	AfD
						Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion		Bemerkungen/ Beschlüsse
						Enthaltung:	/	
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
183.	289	1180	42201 + 42801 + 42811	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten + Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten + Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Stellen Sie die Personalentwicklung im Fachbereich Frauen und Gleichstellung im Vergleich zum Vorjahr dar. In welcher Fachabteilung werden neue Stellen geschaffen? Nennen Sie Zuständigkeit sowie die jeweilige Eingruppierung. Von den bestehenden Stellen sind wie viele momentan unbesetzt? Welche Stellen und Positionen in welchen Referaten sind von den hier geplanten Kürzungen betroffen? Welche Auswirkungen haben die Kürzungen in diesem Bereich auf die Tätigkeiten der Abteilung Frauen und Gleichstellung? Welche Tätigkeiten können hierdurch in Zukunft nicht mehr ausgeübt werden?	GRÜNE / LINKE		Bericht Nr. 167 (Sammelvorlage Seiten 593 – 594)
184.	289 + 290	1180	51715 + 51820	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements + Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Welche Ausgaben werden aus diesen Titeln finanziert? In welchem Verhältnis stehen die Ausgaben mit den Tätigkeiten der Abteilung Frauen und Gleichstellung? Welche Dienstleistungen im Rahmen des Facility Managements in ungefährrer Gesamthöhe der Ausgaben für planmäßige Beamtinnen und Beamte sollen hieraus finanziert werden? Bitte einzeln auflisten!	GRÜNE / LINKE		Bericht Nr. 168 (Sammelvorlage Seiten 595 – 596)
185.	290	1180	52501	Aus- und Fortbildung	Welche Auswirkungen haben die Kürzungen in diesem Titel auf die Arbeit der Abteilung Frauen und Gleichstellung? Welche Bedarfe an Aus- und Fortbildung bestehen in diesem Bereich und welche dieser Bedarfe können aufgrund der Absenkung des Titels voraussichtlich nicht mehr gedeckt werden?	GRÜNE / LINKE		Bericht Nr. 169 (Sammelvorlage Seiten 597 – 598)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
186.	291	1180	52703	Dienstreisen	Welche Auswirkungen haben die Kürzungen in diesem Titel auf die Arbeit der Abteilung Frauen und Gleichstellung? Welche Bedarfe an Dienstreisen bestehen in diesem Bereich absehbar und welche dieser Bedarfe können aufgrund der Absenkung des Titels voraussichtlich nicht mehr gedeckt werden?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 170 (Sammelvorlage Seiten 599 – 600)
187.	291	1180	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Welche Veröffentlichungen und Dokumentationen können aufgrund der Absenkung des Titels voraussichtlich nicht mehr erstellt werden? Sind 5.000 Euro für Informationsmaterial etc. ausreichend, um so weitreichende Kampagnen, wie die Bekanntmachung der Istanbul-Konvention und der Sensibilisierungskampagne Gender Pay Gap in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben? Wie teilen sich die 5.000 € auf die jeweils aufgeführten Kampagnen auf? Erläutern Sie den hohen Ist-Wert im Jahre 2024 und geben Sie an, warum die Mittel nicht verausgabt werden konnten.	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 171 (Sammelvorlage Seiten 601 – 602)
188.	292	1180	54010	Dienstleistungen	Wie wird das Monitoring zum Berliner LAP Istanbul-Konvention trotz der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027 fortgesetzt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 172 (Sammelvorlage Seiten 603 – 604)
189.	292	1180	54010	Dienstleistungen	Welche Dienstleistungen sollen aus diesem Titel finanziert werden? Welche Dienstleistungen wurden aus diesem Titel in den letzten beiden Jahren finanziert? Bitte auflisten! Welche Dienstleistungen können durch die Absenkung des Titels künftig nicht oder nicht mehr finanziert werden? Zu Nr. 2: 1.) Welche Veranstaltungen plant die Verwaltung zum GPR und in welchem Jahr sollen diese stattfinden? 2.) Welche Studien sind geplant, bitte nennen Sie den Untersuchungs- und Erhebungsgegenstand? 3.) Wie soll die Kampagne „Leitbild Gleichstellung“ weiterentwickelt werden? Zu Nr. 3:	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 173 (Sammelvorlage Seiten 605 – 608)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Welche Forschungsaufträge bzw. Monitoringberichte werden in 2026/2027 vergeben, wie lautet der Untersuchungs- und Erhebungsgegenstand? Falls Konzept vorhanden, bitte erläutern.		
190.	292	1180	54010	Dienstleistungen	Welche konkreten mehrjährigen Verpflichtungen gegenüber Dienstleistern sind mit der VE von 1,8 Mio. EUR verbunden? Wie verteilen sich diese auf die drei genannten Maßnahmen? • Welche konkreten Träger oder Dienstleister sind für die Umsetzung der drei Maßnahmen vorgesehen, nach welchen Kriterien wurden sie ausgewählt, und wie wird Transparenz im Vergabeprozess gewährleistet? • Wie verteilen sich die veranschlagten Mittel jeweils auf Verwaltungskosten, Programmdurchführung, Prüfleistungen und Forschung, und welche Nachweise muss der Senat zur Mittelverwendung erhalten? (Bitte jeweils für alle Maßnahmen angeben.) • Welche Laufzeiten, Meilensteine und Abschlussfristen gelten für die einzelnen Maßnahmen (1-3), und wie sind die VEs bis 2029 konkret abgesichert? • Welche Berichtspflichten, Evaluationsinstrumente und Rückforderungsmechanismen bestehen für die einzelnen Maßnahmen (1-3), um die ordnungsgemäße Leistungserbringung zu gewährleisten und Mitteleffizienz sicherzustellen? • Welche Risiken für den DHH 2026/27 und die Folgejahre ergeben sich durch die mehrjährigen Verpflichtungen, und wie wird sichergestellt, dass keine Doppelstrukturen oder ineffizienten Parallelförderungen entstehen? <u>Zu Nr. 2</u> Wie wird die Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung bei der Umsetzung der Förderprogramme und Prüfleistungen durch den (welchen) Dienstleister gewährleistet? Gibt es eine Ausschreibung oder einen Rahmenvertrag? Welche Prüfkriterien gelten • Wie wird die Weiterentwicklung der Kampagne „Leitbild	AfD	Bericht Nr. 174 (Sammelvorlage Seiten 609 – 612)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					<i>Gleichstellung</i> “ haushaltswirksam konkretisiert? Welche Zielgruppen sollen erreicht werden? Welche Kommunikationskanäle und Dienstleister sind vorgesehen? <u>Nr. 3</u> Welche Monitoring- und Evaluationsmaßnahmen sind zur Umsetzung der Istanbul-Konvention konkret geplant? (Bitte auch zeitliche Angaben.) • Wie wird die Wirkung der Maßnahmen gemessen? • Welche Erkenntnisse aus bisherigen Evaluierungen fließen ein? • Warum werden die Mittel im DHH 2026/27 deutlich reduziert?		
ÄÄ	292	1180	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 805.000 € Ansatz 2027: 815.000 € VE 2026: 1.800.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD <u>Änderungsantrag Nr. 2/1</u> 2026: - 180.000 € 2027: - 180.000 € VE 2026: -360.000 € a) <i>Begründung zum Änderungsantrag Nr. 1.</i> Die Maßnahme 1 (<i>externe Zuwendungssachbearbeitung</i>) wirkt haushaltspolitisch nicht ausreichend begründet. Eine VE in Höhe von 1,8 Mio. EUR erscheint vor diesem Hintergrund nicht gerechtfertigt. 2026: -100.000/ 2027: -100.000	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
							VE: 2026: -100.000/ 2027: -100.000 Nr. 2. Die geplante Weiterentwicklung der Kampagne „Gleichstellung weiter denken“ ist in ihrer Wirkung nicht belegbar und stellt keine prioritäre Aufgabe dar. In Zeiten notwendiger Haushaltskonsolidierung ist es nicht vertretbar, Mittel für symbolische Öffentlichkeitsarbeit in sechsstelliger Höhe bereitzustellen, während gleichzeitig bei konkreten Unterstützungsangeboten für Frauen gekürzt wird. 2026: -80.000/ 2027: -80.000 Nr. 3. Erweiterung der Zweckbindung der VE zur Absicherung des Monitorings zur Istanbul-Konvention. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Nr. 3. Die im Titel 54010 veranschlagten VEs werden in ihrer Zweckbindung um die Maßnahmen zur Umsetzung und zum Monitoring der Istanbul-Konvention erweitert – ohne Erhöhung der VE-Summe. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
191.	292	1180	54053	Veranstaltungen	1.) Wie ist der Wegfall von Mitteln im Ansatz 2026/2027 zu erklären? 2.) Falls Veranstaltungen wegfallen bzw. sich deren Rhythmus ändert, bitte angeben. 3.) Welche Veranstaltungen plant die Verwaltung für das Jahr 2026? Bitte eine Liste anfertigen.	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 175 (Sammelvorlage Seiten 613 – 614)
192.	293	1180	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte um eine projektscharfe Aufstellung zum kompletten Titel (1-8). Bitte inklusive der Zuwächse und Kürzungen aufgeschlüsselt nach Jahren. TA2: Wofür genau werden die erhöhten Mittel verwendet, und welche Maßnahmen oder Projekte sollen damit finanziert werden? TA4: Wofür genau sollen die Mittel verwendet und welche Maßnahmen oder Projekt sollen gefördert werden? Wofür sollen die erhöhten Mittel eingesetzt werden? TA6: Welche konkreten Kürzungen ergeben sich aus der geplanten Mittelabsenkung von 2025 auf 2026 und 2027? Welche Projekte, Programme oder Träger sind hiervon betroffen, und in welchem Umfang? Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die Senatsverwaltung? Wird der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf Berlin e. V (2025: 198.304,58€) weiterfinanziert? Wird der Träger Neustart e.V. (2025: 140.000€) weiterfinanziert?	CDU, SPD	Bericht Nr. 176 (Sammelvorlage Seiten 615 – 627)
193.	293	1180	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Warum weicht die Verwaltung von der Haushaltsdarstellung ab und verzichtet im Titel 68406 darauf, einzelne Träger und Projekte mit deren Fördersummen für die Jahre 2026/2027 aufzuführen? Zu Nr. 1: Sind in diesem Titel ebenfalls Mittel für ein weiteres 9./10. Frauenhaus etatisiert? Zu Nr. 2:	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 177 (Sammelvorlage Seiten 628 – 632)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					1.) Wie geht die Verwaltung mit den zunehmenden Bedarfen von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund nach Beratung und niedrigschwelligen Angeboten um, werden mehr Mittel dafür bereitgestellt? 2.) Gibt es eine auskömmliche Finanzierung der mobilen Bildungsberaterinnen für geflüchtete Frauen? Zu Nr.7: 1.) Wie verteilen sich die finanziellen Mittel im Ansatz 2026/2027 auf die einzelnen bezirklichen Koordinierungs- und Beratungsstellen? 2.) Wie viel Geld wird für eine Kampagne zur Bekanntmachung der bezirklichen Anlaufstellen veranschlagt? Bis wann soll die Kampagne umgesetzt werden? Nr. 6 und Nr. 8: Welche Maßnahmen werden aufgrund der Kürzungen beim Landesaktionsplan Istanbul Konvention voraussichtlich wegfallen? Welche Auswirkungen haben diese Kürzungen voraussichtlich auf die Situation von Frauen in Berlin? In welchem Zusammenhang stehen die Kürzungen bei der Umsetzung des Landesaktionsplans mit den Aufwüchsen ab 2027 beim Gewalthilfegesetz? Kann der Senat ausschließen, dass in 2026 wegfallende Maßnahmen in der Umsetzung des Landesaktionsplans Istanbul Konvention durch Mittel aus dem Gewalthilfegesetz kompensiert werden? In welchen Titeln (inkl. Einnahmetitel ggf. anderer Einzelpläne) werden die zusätzlichen Bundesmittel zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes nachgewiesen? In welcher Höhe? Werden Mittel die das Land Berlin im Rahmen des Gewalthilfegesetzes bekommt noch in anderen Ausgabe-titeln ausgewiesen? Wenn ja: In welchen und in welcher Höhe? Mit welchen Mitteln rechnet das Land Berlin zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in den Jahren 2027 bis 2036? Wie sollen diese Gelder künftig veranschlagt werden?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					Geht der Senat davon aus, die Aufwüchse im Rahmen des Gewalthilfegesetzes ohne zusätzliche Beschäftigte administrieren zu können (vgl. obige Fragen zum Personal der Abteilung Frauen und Gleichstellung)? Wenn nicht: Welche Priorisierungen nimmt der Senat künftig beim bestehenden Personal vor? Wie wird die in der schriftlichen Anfrage 19/17826 angekündigte Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul Konvention umgesetzt?		
194.	293	1180	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	A. Bitte um Darstellung der <i>Ansätze/Ist</i>-Werte aller darunterfallenden Maßnahmen in 2024 und 2025. Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand der Maßnahmen 1-7. B. Verpflichtungsermächtigungen (91,628 Mio. EUR für 2027–2029) Bitte um Darlegung, wie sich die konkrete Zweckbindung und Verteilung der im Titel 68406 veranschlagten VEs auf die einzelnen Maßnahmen und Förderbereiche erstreckt. – Welcher Anteil entfällt auf bereits bestehende Förderverträge? – Welche Auswirkungen hätte eine potenziell geringere Beteiligung des Bundes (Anteil angeben) am Ausbau des Hilfesystems auf die Berliner Haushaltslage? – Inwiefern binden die eingegangenen VEs die haushaltspolitische Dispositionsfreiheit künftiger Haushaltsgesetzgeber? C. Bei jeweils welcher der im DHH 2024/25 bestehenden Maßnahmen (Nr. 1-7) wurden die angesetzten Mittel nicht ausgeschöpft und warum nicht? <u>Zu Nr. 1, Schutzunterkünfte und spezialisierte Beratungs-, Interventions- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder</u> Bitte darlegen, welche quantitativen (od. qualitativen) Leistungssteigerungen (zusätzliche Plätze für Frauen <u>und</u> Kinder, Beratungsfälle, Betreuungsstunden, Betreueranzahl etc.) mit dem Aufwuchs der Mittel erreicht werden sollen – unter Angabe des aktuellen Stands, wie sich die Kosten pro Platz und pro Beratungsfall seit 2023 jeweils	AfD	Bericht Nr. 178 (Sammelvorlage Seiten 633 – 647)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					entwickelt haben und wie die Einhaltung von Kofinanzierungs- oder Eigenmittelanteilen der Träger kontrolliert wird. <u>Zu Nr. 2, Niedrigschwellige Angebote für Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte</u> Bitte um Vorlage einer Bedarfsanalyse, die den Mittelaufwuchs im DHH 2026/27 rechtfertigt, sowie um Erläuterung, wie Doppelstrukturen mit Angeboten der Integrationsverwaltung und bundesfinanzierten Programmen vermieden werden. Anhand welcher Kennzahlen wird die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft und in welchen zeitlichen Abschnitten? <u>Zu Nr. 3, Fachberatung und Schutzunterkünfte für von Menschenhandel betroffene Frauen</u> Wie hoch ist der Bedarf und wie ist die Auslastung der Fachberatungsstellen und Schutzunterkünfte für von Menschenhandel betroffene Frauen im Verhältnis zu den Haushaltsansätzen? Bitte erläutern Sie die Schnittstellen zu Polizei und Justiz sowie die Kosten pro betreuter Person im interregionalen Vergleich. <u>Zu Nr. 4, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sexarbeitenden</u> Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sexarbeitenden sind im DHH 2026/27 vorgesehen? Wie wird deren Wirksamkeit bzw. Effektivität gemessen, und inwieweit wurden Überschneidungen oder Synergien mit Programmen der Gesundheitsverwaltung geprüft? <u>Zu Nr. 5, Frauenzentren mit besonderer Zielsetzung, Frauenverbände, Empowerment-Projekte</u> Bitte um Erläuterung der Kriterien für die Mittelvergabe, der Verteilung auf einzelne Projekte und Träger (unter Angabe der Fördersummen) sowie vorgesehene Wirkungsindikatoren angeben. Welche Träger erhalten eine mehrjährige institutionelle Förderung		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					und wie wird einer faktischen Dauersubventionierung entgegengewirkt? <u>Zu Nr. 6, Umsetzung Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention</u> Welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sind im DHH 2026/27 vorgesehen, und wie verteilen sich die dafür eingeplanten Mittel auf Personal-, Sach- und Projektförderung? Welche Gründe liegen der Reduzierung des Haushaltsansatzes zugrunde? Wie bewertet der Senat den Pflichtigkeitscharakter dieser Maßnahmen im Rahmen der völkerrechtlichen Bindung durch die Istanbul-Konvention? In welchen Titeln und Teilansätzen sind die Maßnahmen haushaltswirksam abgebildet? Wie wird sichergestellt, dass die Mittelverwendung transparent und wirkungsorientiert erfolgt – insbesondere im Hinblick auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, Zwangsheirat und Vergewaltigung? <u>Zu Nr. 7, Förderung von Koordinierungs- und Beratungsstellen im Rahmen des Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende in allen Bezirken einschließlich jeweils übergeordneter Koordination</u> Bitte um einen Bericht, in dem die Kriterien der Mittelvergabe an die Bezirke, die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung sowie die Evaluationsmechanismen zur Wirksamkeitsprüfung dargestellt werden. – Wie wird die flächendeckende Versorgung mit entsprechenden Angeboten sichergestellt? – Welche Mechanismen zur Evaluation und Wirkungsprüfung sind vorgesehen? – Inwiefern erfolgt eine klare Abgrenzung zu bestehenden bezirk-		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
					lichen Sozialdiensten, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Ressourcen effizient einzusetzen? <u>Zu Nr. 8, Gewalthilfegesetz (neu)</u> Wie plant der Berliner Senat die haushaltswirksame Umsetzung des Gewalthilfegesetzes ab 2027, insbesondere im Hinblick auf die Verstetigung bestehender Maßnahmen und die Vorbereitung des Rechtsanspruchs ab 2032? – Welche bestehenden Maßnahmen werden in das neue Pflichtsystem überführt? – Wie wird eine flächendeckende Versorgung sichergestellt, ohne Doppelstrukturen zu schaffen? – Welche Mittel sind für den strukturellen Ausbau vorgesehen, und wie erfolgt die Abstimmung mit der Bundesförderung? D. Wie stellt der Berliner Senat sicher, dass die im Rahmen der Istanbul-Konvention vorgesehenen Maßnahmen und die des Gewalthilfegesetzes (und weiteren Maßnahmen) nicht nur zur Verwaltung, sondern auch zur wirksamen Reduzierung geschlechtsspezifischer Gewalt beitragen? – Welche haushaltswirksamen Ziele zur Gewaltprävention werden verfolgt? – Wie wird die Wirkung der Maßnahmen gemessen (bitte auch zeitliche Angaben berücksichtigen)? – Warum fehlen Indikatoren zur tatsächlichen Reduktion von Gewalt?		
ÄÄ	293	1180	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 36.724.000 € Ansatz 2027: 42.210.000 € VE 2026: 91.628.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
CDU / SPD				GRÜNE / LINKE (gemeinsam)		AfD									
				<u>Änderungsantrag Nr. 8 / Änderungsantrag Nr. 10</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 3/1</u>									
				2026: + 5.625.000 € 2027: + 3.994.000 €		2026: + 500.000 € 2027: - 553.000 €									
				a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen, insbesondere der Projekte des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf Berlin e. V. sowie Fegeflotte – Reinigung im Kurfürstenkiez, einschließlich der pauschalen Mittelkürzung aller Projekte in diesem Titel. Zu Tz. 6: Rücknahme der Kürzungen bei der Umsetzung der Maßnahmen des Landesaktionsplanes Istanbul-Konvention. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Anpassung der Erläuterung bei TA 6 um folgende Summen: 2026: + 3.491.000 2027: + 1.860.000		a) Begründung zum Änderungsantrag TA 5: Kürzung, unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten mit Blick auf die Zweckbindung öffentlicher Mittel und die Notwendigkeit einer klaren Abgrenzung zu politischer Vorfeldarbeit. Über die Maßnahme wird eine Vielzahl von Projekten gefördert; einige Träger innerhalb dieser Maßnahme erhalten seit Jahren hohe projektbezogene Zuwendungen, die faktisch einer institutionellen Förderung gleichkommen. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) TA 5 2026: -300.000/ 2027: -353.000 Die Förderung im Teilansatz 5 erfolgt ausschließlich für Maßnahmen, die konkrete, niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Frauen in besonderen Lebenslagen bereitstellen. Politische Vorfeldarbeit ist von der Förderung ausgeschlossen. Eine faktische Dauersubventionierung ist zu vermeiden; die Förderfähigkeit ist regelmäßig zu evaluieren.									
				<table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
							TA 6 Die Veränderung gegenüber dem Haushaltsjahr 2025 ist nicht nachvollziehbar. Die Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen darf nicht hinter nationale Symbolpolitik zurückfallen. Die gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes beginnt erst 2027, jedoch ist bereits jetzt absehbar, dass die bestehenden Angebote nicht ausreichen, um den steigenden Bedarfen gerecht zu werden. Die Senatsverwaltung selbst erkennt an, dass eine Optimierung des Angebots aufgrund der gestiegenen Datenlage zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen erforderlich ist. (Vgl. Bericht 106 und 107 der Sammelvorlage) Geplante Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (u. a. der Ausbau von Kinderbereichen), wurde auf 2027 verschoben. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Jahr 2026 kann Berlin bereits jetzt mit dem konkreten Ausbau der Schutzinfrastruktur beginnen und so die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes vorbereiten, ohne auf Bundesmittel warten zu müssen. 2026: +1.000.000 c) <i>Anbringung Haushaltsvermerke</i> TA 5 Die Förderung erfolgt nur bei nachgewiesener Wirkung und mit einer mittelfristi-

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
							gen Exit-Strategie zur Eigenständigkeit der Projekte. TA 6 Die zusätzlichen Mittel sind ausschließlich für die Schaffung neuer Schutzplätze und Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder im Sinne der Istanbul-Konvention zu verwenden. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Koordinierungsstelle FGM_C./ FAMILIENPLANUNGSZENTRUM BERLIN 2026: +50.000/ 2027: +50.000 FFBIZ Archiv 2026: -50.000/ 2027: -50.000 Zur Gegenfinanzierung TA 6 Frauenzentrum Schokofabrik 2026: -100.000/ 2027: -100.000 Zur Gegenfinanzierung TA 6 Frauenzentrum Paula Panke e.V. 2026: -100.000/ 2027: -100.000 Zur Gegenfinanzierung TA 6 <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
195.	294 f.	1180	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Bitte um projektscharfe Aufstellung zum kompletten Titel. Bitte inklusive der Zuwächse und Kürzungen aufgeschlüsselt nach Jahren.	CDU, SPD	Bericht Nr. 179 (Sammelvorlage Seiten 648 – 654)
196.	294 f.	1180	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Warum wird das Projekt „Frauen in Buch“ eingestellt und was übernimmt der Senat, um Unterstützung für Frauen flächendeckend in ganz Berlin zu garantieren, während gleichzeitig solche Projekte gestrichen werden? Welche weiteren Projekte sind von kompletten oder teilweisen Kürzungen betroffen? Bei teilweisen Kürzungen: Welche Teile der Förderung werden genau gestrichen, bzw. welche Konsequenzen haben die Sparmaßnahmen des Senats in den Projekten? (Falls nicht bereits mit obigem Bericht beantwortet) Setzt die Senatsverwaltung damit andere Schwerpunkte im Bereich Frauen und Gleichstellung, und sind in diesem Zusammenhang auch neue Projekte zur Förderung vorgesehen? Ist künftig eine flächendeckende Supervision für die einzelnen Projekte der beruflichen Qualifizierung vorgesehen?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 180 (Sammelvorlage Seiten 655 – 657)
197.	294 f.	1180	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	• Bitte um Darstellung der <i>Ansätze/Ist</i>-Werte aller darunterfallenden Maßnahmen in 2024 und 2025 und Erläuterungen (bitte um quantitative und qualitative Angaben) zum aktuellen Stand. • Welche konkreten Zielgruppen und Förderinhalte werden unter den „spezifischen Aspekten“ der Frauenförderung adressiert? • Wie grenzt sich Titel 68418 von anderen Fördertiteln im Kapitel 1180 ab – insbesondere von Maßnahmen zur Gleichstellung, Gewaltprävention oder Empowerment? • Welche konkreten Indikatoren werden zur Erfolgsmessung der Maßnahmen Nr. 1 und Nr. 2 herangezogen, und wie werden diese systematisch erhoben und ausgewertet?	AfD	Bericht Nr. 181 (Sammelvorlage Seiten 658 – 662)

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
ÄA	294	1180	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Ansatz 2026: 7.573.000 € Ansatz 2027: 7.706.000 € VE 2026: 14.884.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE / LINKE (gemeinsam)		AfD									
				<u>Änderungsantrag Nr. 9 / Änderungsantrag Nr. 11</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 4/1</u>									
				2026: + 808.000 € 2027: + 675.000 €		2026: - 400.000 € 2027: - 400.000 €									
				a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen zur Stärkung aller Fraueninfrastrukturstellen (ehe. FIS-Stellen), einschließlich der pauschalen Mittelkürzung aller Projekte in diesem Titel.		VE 2026: -800.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Kürzung unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten mit dem Ziel, die Mittelverwendung auf arbeitsmarktnahe, wirksam evaluierte und nicht anderweitig finanzierte Maßnahmen zu konzentrieren.									
				<table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) 2026: -400.000/ 2027: -400.000 Gegenfinanzierung	
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
						<table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
198.	296	1180	68447	Weiterförderung besonderer sozialer Projekte	- Wie wird sichergestellt, dass die Zielgruppen tatsächlich erreicht werden und die Projekte nicht nur symbolischen Charakter haben? - Welche konkreten Indikatoren belegen den Erfolg der unter diesem Titel fallenden Maßnahmen - jeweils? - Wurden bei allen Projekten die Mittel in 2024 vollständig und 2025 entsprechend (anteilig) abgerufen? Gab es Umsetzungsprobleme oder Überplanungen? - Welche konkreten Maßnahmen wurden in den Projekten (aufgelistet im Berichtsauftrag Nr. 102, Sammelvorlage zum DHH 2024/25) in 2024 und 2025 umgesetzt? - Gibt es Evaluierungen oder Wirkungsberichte? - Wie wird die Wirkung über die reine Teilnahme hinaus erfasst? Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit der Maßnahmen auf Basis der Nutzerzahlen (bitte angeben) und Mittelverteilung (wofür genau werden diese verausgabt), und welche ergänzenden Indikatoren werden zur Erfolgsmessung herangezogen? - Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Projekte? Gibt es ein transparentes Vergabeverfahren? Bitte erläutern. - Welche (projektbezogene) Zielwerte gelten für die kommenden Haushaltsjahre?	AfD	Bericht Nr. 182 (Sammelvorlage Seiten 663 – 667)
ÄÄ	296	1180	68447	Weiterförderung besonderer sozialer Projekte	Ansatz 2026: 570.000 € Ansatz 2027: 568.000 € VE 2026: 1.104.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE / LINKE (gemeinsam) Änderungsantrag Nr. 10 / Änderungsantrag Nr. 12		AfD Änderungsantrag Nr. 5/1	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse														
				2026: + 54.000 € 2027: + 56.000 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Rücknahme der Kürzungen, einschließlich der pauschalen Mittelkürzung aller Projekte in diesem Titel. <table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	2026: +/- 0 € 2027: +/- 0 € VE 2026: +/- 0 € <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Senatsbericht (Vgl. Bericht Nr. 182 der Sammelvorlage) zeigt, dass mehrere geförderte Projekte (wie <i>BEGINNE – Treffpunkt und Kultur für Frauen e. V.</i> oder <i>alpha nova & galerie futura</i>) überwiegend kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit finanzieren, deren gesellschaftspolitische Wirkung nicht belastbar nachgewiesen ist. Die strukturelle Wirkung auf die Lebenssituation der Zielgruppen ist nicht erkennbar. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Priorisierung und Konzentration auf wirksame, evaluierte und zielgerichtete Maßnahmen. 2026: -170.000/ 2027: -170.000 Gegenfinanzierung. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	GRÜNE, LINKE																				
Dagegen:	CDU, SPD, AfD																				
Enthaltung:	/																				
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																				
Dafür:	AfD																				
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE																				
Enthaltung:	/																				
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																				

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
199.	296	1180	68459	Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen	Bitte um projektscharfe Aufstellung zum kompletten Titel. Bitte inklusive der Zuwächse und Kürzungen aufgeschlüsselt nach Jahren.	CDU, SPD	Bericht Nr. 183 (Sammelvorlage Seiten 668 – 670)								
ÄÄ	296	1180	68459	Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen	Ansatz 2026: 251.000 € Ansatz 2027: 259.000 € VE 2026: 486.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				GRÜNE / LINKE (gemeinsam)		AfD									
				<u>Änderungsantrag Nr. 11 / Änderungsantrag Nr. 13</u> 2026: + 83.000 € 2027: + 75.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzung, insbesondere bei der Girl’s Day Akademie, einschließlich der pauschalen Mittelkürzung aller Projekte in diesem Titel.											
				<table><tr><td>Dafür:</td><td>GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Dafür:	GRÜNE, LINKE	Dagegen:	CDU, SPD, AfD	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Dafür:	GRÜNE, LINKE														
Dagegen:	CDU, SPD, AfD														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse
200.	297	1180	68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln	Bitte listen Sie alle Projekte auf, die ESF-Mittel erhalten. Falls Projekte nicht mehr gefördert werden können, nennen Sie diese und begründen Sie den Wegfall der Förderung.	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 184 (Sammelvorlage Seiten 671 – 673)
201.	299	1180	68500	Förderung der Frauen in For- schung und Lehre	Welche Auswirkungen hat die Absenkung dieses Titels im Gleichstel- lungskapitel zukünftig auf die Ausgestaltung des Berliner Chancengleich- heitsprogramms? Kann das BCP durch diese Absenkung nach jahrelanger Stagnation der zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin effektive Gleichstellungspolitik an Hochschulen fördern? Was kann durch die absoluten und realen Kürzungen hier künftig nicht mehr finanziert werden?	GRÜNE / LINKE	Bericht Nr. 185 (Sammelvorlage Seiten 674 – 675)
202.	299	1180	68500	Förderung der Frauen in For- schung und Lehre	Konnte die mit der Förderung beabsichtigte Wirkung erzielt werden? Gibt es belastbare Evaluationsdaten zur Wirkung des Berliner Programms? Wie wird sichergestellt, dass die bereitgestellten Mittel zur Förderung von Frauen in Forschung und Lehre tatsächlich strukturelle Veränderun- gen bewirken und nicht lediglich symbolische Programme finanzieren?	AfD	Bericht Nr. 186 (Sammelvorlage Seiten 676 – 677)
ÄÄ	299	1180	68500	Förderung der Frauen in For- schung und Lehre	Ansatz 2026: 921.000 € Ansatz 2027: 921.000 € VE 2026: 1.842.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	<u>Änderungsantrag Nr. 6/1</u> 2026: +/- 0 € 2027: +/- 0 € a) Begründung zum Änderungsantrag

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen/ Beschlüsse								
							Sicherung des Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre auf sachlich fundierter Grundlage. Ziel ist die Stärkung von Leistungsträgerinnen durch gezielte Maßnahmen zur Chancengleichheit – nicht durch ideologische Vorgaben. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Die Mittel dürfen ausschließlich für Maßnahmen verwendet werden, die zu nachweisbaren strukturellen Verbesserungen, insb. durch die Schaffung od. Verstetigung von Professuren, qualifizierten Betreuungsangeboten oder weiteren leistungsbezogenen Maßnahmen, führen. <i>c) Anbringung Haushaltsvermerke:</i> Die Mittel dürfen ausschließlich für Maßnahmen verwendet werden, deren Wirkung in Form struktureller Verbesserungen belegbar ist. Symbolische bzw. ideologisch motivierte Projekte ohne überprüfbaren Nutzen sind von der Forderung ausgeschlossen. <table><tr><td>Dafür:</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Dagegen:</td><td>CDU, SPD, GRÜNE, LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung:</td><td>/</td></tr><tr><td>Ergebnis:</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Dafür:	AfD	Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE	Enthaltung:	/	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Dafür:	AfD														
Dagegen:	CDU, SPD, GRÜNE, LINKE														
Enthaltung:	/														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke							
Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – alle Titel mit Bezug zu Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung –							
203.	335	2711	68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe	Bitte um Auskunft, warum die Mittel für die Berliner Kältehilfe angesichts steigender Obdachlosenzahlen in Berlin gekürzt werden. Bitte genaue Auflistung der Streichungen sowie Begründung.	AfD	Bericht Nr. 187 (Sammelvorlage Seiten 678 – 679)
ÄÄ	337	2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 2.017.000 € Ansatz 2027: 2.041.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				GRÜNE <u>Änderungsantrag Nr. 12</u> 2026: + 0 € 2027: + 1.000.000 € a) Begründung zum Änderungsantrag Zu TA 3 (Neu): „Stärkung der bezirklichen Integrationsfonds (Nachbarschaftsprogramme)“ aufgrund weiterhin hohen Bedarfs b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung) Zu TA 3 (Neu) Stärkung der bezirklichen Integrationsfonds Ansatz 2026: 0	LINKE		AfD

	Ansatz 2027: 1.000.000			
	Dafür:	GRÜNE, LINKE		
	Dagegen:	CDU, SPD, AfD		
	Enthaltung:	/		
	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten							
Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes							
204.	447	2980	89221	Zuschuss für die Errichtung eines Queeren Archivzentrums	- Für was ist der Zuschuss im Detail vorgesehen und wann soll er wirksam werden? - Wie ist der aktuelle Planungsstand, Zeitplan und die Finanzierungsperspektive bei der Realisierung des Queeren Archivzentrums? - Wie ist diesbezüglich der aktuelle Stand beim Vollgut-Genossenschaftsprojekt (auch vor dem Hintergrund des SchwuZ-Insolvenzverfahrens)?	GRÜNE	Bericht Nr. 188 (Sammelvorlage Seiten 680 – 681)
